

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM, monatlich 1,50 RM
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich vom Postamt abgeholt
 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,64 RM. Unser Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3.— RM, für das übrige Ausland
 4,00 RM monatlich. Berlin ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: F. D. N. 100
 Berlin, Postfach 100, oder in die
 Postbetriebsstellen.
 Erscheinung täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 1. August 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Anzeigenpreis:
 Diebengestaltene Anzeigenblätter
 50 Bg. „Meine Anzeigen“, das
 letzte Blatt 20 Bg. (täglich
 2 teigebundene Blätter), jedes weitere
 Blatt 15 Bg. Stellungsanzeigen und
 Schließungsanzeigen das erste Blatt
 20 Bg., jedes weitere Blatt 10 Bg.
 Eine über 15 Buchstaben zählende
 Zeile. Preisunterstützung 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen
 50 Bg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Der politische Mord von Kiew.

Kiew, 30. Juli. Feldmarschall von Eichhorn ist heute abend 10 Uhr seinen Verletzungen erlegen, kurz vor ihm desgleichen Hauptmann von Dreher.

Kiew, 30. Juli. Der 23 Jahre alte Täter erklärte bei seiner Vernehmung, aus dem Gouvernement Nijan in Rußland zu stammen und gestern aus Moskau im Auftrage eines kommunistischen Ausschusses in Kiew eingetroffen zu sein, um den Feldmarschall zu ermorden.

Berlin, 31. Juli. Die Untersuchung hat bisher folgendes ergeben: Der Attentäter nennt sich Boris Donstko, 23 Jahre alt, Vertrauensmann der linken sozialrevolutionären Partei in Moskau. Er will erst vor einigen Tagen von dort nach Kiew gekommen sein, nachdem er von dem Zentralkomitee seiner Partei den Auftrag erhalten habe, den Generalfeldmarschall zu töten. Er sei zu dem Zweck mit einer runden Bombe, einem Revolver und Geld ausgestattet worden.

In der gestrigen amtlichen Meldung ist gesagt worden, daß die Spuren des politischen Mordes von Kiew auf die Entente wiesen. Die heutigen Nachrichten weisen aber nur auf die linke sozialrevolutionäre Partei. Weiteres wird man gespannt erwarten dürfen. Wäre es möglich, den Nachweis dafür zu erbringen, daß der Wille der Entente die Hand der Mörder von Moskau und Kiew geführt hat, so wäre das eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung, mit einem solchen Nachweis wäre der Sache der Gegner ein schwerer Schaden zugefügt. Beweislose Behauptungen in dieser Richtung aufzustellen, wäre dagegen ein grober Fehler, eine politische Unflugheit ersten Ranges.

Die Blätter, die das Thema von der Schuld der Entente weiterspinnen, zeigen nur, wie sehr die steigende Verwirrung im Osten, der feindselige Gegenstand zwischen der einheimischen Bevölkerung und der deutschen Besatzung der Entente zugute kommt. Damit haben sie zweifellos recht. Wie aber, wenn diese Zustände im Osten durch eine verfehlte deutsche Politik mitverschuldet wären? Dann hätte eben diese Politik wider Willen der Entente in die Hände gearbeitet.

Die kurze Geschichte der Ukraine wird stets eines der denkwürdigsten Kapitel der Weltkriegsgeschichte bleiben. Mit den Sozialrevolutionären, die jetzt gegen Deutschland den Guerillakrieg der Bombe und der Handgranate führen, hat die deutsche Regierung den ersten Frieden von Brest-Litowsk, den deutsch-ukrainischen Frieden, geschlossen. Von den Sozialrevolutionären ließ sich die deutsche Regierung — trotz ernstlichsten Abwärtens der deutschen Sozialdemokratie — dazu verleiten, ihnen Hilfe gegen die Bolschewiki anzubieten zu lassen. Seitdem hat sich das Blatt wieder gewendet, und die deutsche Politik steht zu den Bolschewiki gegen die Sozialrevolutionäre.

Die Hilfeleistung für die Sozialrevolutionäre führte zu den merkwürdigsten völkerrechtlichen Verhältnissen, die die Welt jemals gesehen hat. Die Salubomitsch und Genossen, mit denen die deutsche Regierung in Brest über den Frieden verhandelte, deren Einsicht und Intelligenz im Gegenstand zu den Bolschewiki nicht laut genug gepriesen werden konnte, und die heute als Verurteilte deutscher Feldgerichte im Gefängnis sitzen, glaubten sich der Deutschen als eines Werkzeuges gegen ihre inneren Widersacher bedienen zu können. Sie fühlten sich als die Vertreter eines souveränen neutralen Staates und meinten, der deutschen Mission ebenso das Ende diktieren zu können, wie sie ihren Beginn veranlaßt hatten.

Aber nur der Form nach blieb die Ukraine ein souveräner Staat, der sich zur Festigung seiner Stellung fremder Soldaten bediente, in Wirklichkeit wurde sie „besetztes Gebiet“, obwohl die Besetzung gar nicht im Krieg, sondern im Frieden stattgefunden hatte. Das war eine schwere Enttäuschung für die ukrainische Regierung und besonders für die ukrainische Bevölkerung, die sich den Frieden mit Deutschland ganz anders vorgestellt hatte, als er nun in Wirklichkeit aussah.

So kam es zu den verschiedenen Vorgängen, die im Hauptauschuss des Reichstages scharfe Kritik fanden. Die Minister wurden verhaftet, die Kada zerstört, es wurden in dem souveränen und neutralen Staat Ukraine deutsche Feldgerichte aufgestellt. Es kam Skoropadski, es kam die Verurteilung der früheren Minister, es kam der Eisenbahnerstreik und manches andere. Jetzt hat der Hetman Skoropadski der deutschen Regierung sein Beileid ausgesprochen und damit die Nachricht widerlegt, auch er sei schon wieder regierungsmüde und habe zugunsten eines österreichischen Erzherzogs abgedankt. Aber wie weit war es davon?

Auf keinen Fall kann man behaupten, durch den Moskauer Attentäter sei die Unruhe erst ins Land getragen worden. Sie war schon zuvor da und sie gipfelte in dem Mord, dem der Feldmarschall und sein Adjutant zum Opfer gefallen sind. Alles in allem herrschen Zustände, an denen die Entente ihre reine Freude haben kann, aber die Frage ist noch nicht geklärt, wie weit sie auf ihre Intrigen, wie weit sie auf Fehler der deutschen Regierung zurückzuführen sind.

Die deutsche Politik hat in Rußland abwechselnd mit Sozialrevolutionären, Bolschewiki und Kadetten zu operieren versucht, sie hat aber in allen Schichten ein Volk gefunden, das mit dem Frieden von Brest-Litowsk nicht zufrieden ist und gegen ihn reboliert. Zu den übrigen falschen Prophezeiungen der Alldeutschen kann man auch diese legen: die Russen seien keine Franzosen, kennen keinen Revanchepatriotismus, ihr weicher Charakter beuge sich vor der Macht des Siegers, sie müßten nur tüchtig geprügelt werden, dann würden sie schon wieder artig. Jetzt empfiehlt die alldeutsche Presse abermals schärfste Machtentfaltung, ohne zu bedenken, daß zur Machtentfaltung Kräfte notwendig sind, die man heute vielleicht auch anderswo zweckmäßig brauchen könnte. Auch in Friedenszeiten wäre die Aufgabe, für das ganze Rußland bis zum Stillen Ozean die Rolle des Gendarmen zu übernehmen, vielleicht etwas groß.

Die alldeutsche Presse hat auch immer gesagt, sie wolle keinen „faulen“, keinen „hinkenden“ Frieden, sondern einen Sieg- und Machtfrieden. Aber, welcher Frieden kann fauler sein, welcher kann mehr hinken als der Sieg- und Machtfrieden von Brest-Litowsk?

Wie die deutsche Politik der Schwierigkeiten im Osten Herr werden soll, ist nicht leicht zu sagen. Desto klarer zeigt sich, was ihr notwendiges Hauptziel ist: den falschen Sonderfrieden von Brest-Litowsk baldmöglichst durch einen ehrlichen, dauernden Weltfrieden zu ersetzen.

Generalfeldmarschall v. Eichhorn kam am 18. Februar 1848 in Breslau zur Welt. Sein Vater war Regierungspräsident, während der Großvater unter Friedrich Wilhelm IV. Staatsminister war. Als junger Offizier machte er die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit und brachte es in der Friedenskarriere bis zum Generalobersten. Bei Beginn des Weltkrieges litt er an den Folgen eines Sturzes vom Pferde, wiederhergestellt übernahm er die 10. Armee. In ihrer Spitze befehligte er in der Winter Schlacht an den Masurischen Seen den Nordflügel der deutschen Heere. Später nahm er Kowno und Wilna, im Sommer 1916 schlug er Brusilows Offensiv am Karoo-See zurück und ebenso die Kerenski-Offensive im Sommer 1917. Seit Dezember 1917 war er Generalfeldmarschall, seit dem 18. April d. J. Oberbefehlshaber in der Ukraine.

Der „Matin“ vom 29. Juli schreibt: „Auf die Köpfe von Rum und Eichhorn sind von dem Geheimbund der ukrainischen Patrioten Preise gesetzt worden.“ In der Redaktion dieses französischen Blattes hat man also die Absichten des Geheimbundes gekannt!

Die Entscheidung der französischen Sozialistentagung.

Der Sieg der Richtung für Verständigung.

Genf, 31. Juli. Im Nationalrat der französischen Sozialisten erzielte die Linke einen großen Sieg. Die Versammlung nahm die Tagesordnung Longuet mit 1544 Stimmen an. Sie verweigert nicht die Kriegskredite, fordert jedoch die Revision der imperialistischen Kriegsziele, sowie die Erteilung von Waffen für die internationale sozialistische Konferenz. Ebenso verwirft der Nationalrat die Intervention der Entente in Rußland. Der Nationalrat tabelte die Thomas-Gruppe, die eine der Partei entgegengesetzte Politik betreibt.

Eine von Renaudel eingebrachte Tagesordnung, die einen Kompromiß herbeiführen soll, blieb mit 1172 Stimmen in der Minderheit.

Die Thomas-Gruppe brachte keine eigene Tagesordnung ein. In der Debatte, die der Abstimmung über die Tagesordnung vorausgegangen war, machte eine Rede Pressemans großen Eindruck. In den Kriegshetern um Barenne, Thomas, Compère-Morel gegenüber, rief Pressemans aus: „Morgen muß ganz Frankreich wissen, daß die gesamte Partei gegen Euch ist!“ Die Tagesordnung der Gruppe Longuet enthält ein ausdrückliches Bedauern für das Verhalten der aus 41 Abgeordneten bestehenden Kriegsgruppe.

Auf die Resolution der Zimmerwalder entfielen 162 Stimmen. Der Nationalrat beriet auch wieder über den Antrag auf Erweiterung der Redaktion der „Humanité“ im Sinne einer Mitarbeit aller Gruppen der Partei, die sich gegen Renaudels einseitige Redaktionsführung richtet. Auf allen Kriegsparteitagen der französischen Sozialisten hat dieser Antrag eine Rolle gespielt, aber eine Aenderung hat er nicht bewirkt. Da der Parteitag jetzt so entschieden gegen die Gruppe Renaudel-Thomas votiert hat, wird fortan eine Aenderung mehr Aussicht haben. Der Nationalrat war dem Vorschlag geneigt und beauftragte eine besondere Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen Statuts des Blattes.

Der Nationalrat beschloß, binnen zweier Monate einen neuen Kongreß abzuhalten und die Debatte über die Politik wieder aufzunehmen.

Das Ende des vierten Kriegsjahres.

Von Richard Gähle.

Am letzten Tage des dritten Kriegsjahres begann der englische Feldherr die Schlacht in Flandern, die die Entscheidung des Weltkrieges bringen sollte, aber nach monatelangen riesigen Anstrengungen und unerhörten Blutopfern im November mit einem ausgesprochenen Mißerfolge endete. Am Ende des vierten Kriegsjahres hat der französische Oberfeldherr Foch noch einmal den Versuch gemacht, den deutschen Herren die Vorhand des Handelns zu entreißen und eine große Schlachtentscheidung herbeizuführen. Nicht ohne Geschick in Anlage und Durchführung hat er am 18. Juli einen starken Flankenstoß von Westen her gegen die südwärts gewandte Front angelegt. Ihm gelang die Ueberraschung, die auch dadurch gesichert wurde, daß der Angreifer diesmal auf jede Vorbereitung durch sein Geschützfeuer verzichtete. Dafür ließ er vor der Front seines Fußvolkes Panzerwagen in großen Schwadern vorwärtsrollen, die die Linien des deutschen Verteidigers durchbrechen, seine Maschinengewehre unschädlich machen sollten.

Im Stellungskriege hat aber ein Flankenangriff nicht ganz die durchschlagende Kraft wie im Bewegungskriege. Einmal pflegen die Flanken recht ausgedehnt zu sein, und dann fehlt die Möglichkeit, die äußersten Flügel des Gegners völlig zu umfassen und einzuwideln, weil sie Anlehnung an die nichtangegriffenen Stellungsteile finden. So wird auch der Flankenangriff zum Frontalangriff. Trotzdem gelang es Foch, die Deutschen bei Soissons-Chatou-Thierry zurückzudrängen. Am meisten räumlichen Erfolg hatte sein Angriff dort, wo die beiden Säenkel seiner Schlachtlinie zusammenstoßen, nordwestlich Chatou-Thierry. Hier konnte der Druck von beiden Seiten sich gegenseitig unterstützen.

Die deutsche Stellung zwischen Aisne, Marne und Reims war in glücklicher, mit raschem Zugreifen ausgenutzten Angriff gewonnen worden. Sie konnte bei einer Erneuerung der Vorbereitung nach verschiedenen Richtungen hin erweitert werden. Für die Verteidigung war sie weniger geeignet und nahm erhebliche Streitkräfte in Anspruch. Es war an sich vorteilhaft, einen Teil von ihnen zur freien Verwendung der Heeresleitung ausscheiden oder wenigstens den Einsatz neuer Kräfte, die Berausgabe verfügbarer Reserven vermeiden zu können. Der Gedanke, der die berühmte „Mandrierarmee“ Fochs entstehen ließ, ist ja an sich eine durchaus gesunde Lehre und keineswegs Erfindung der Gegner. Der ganze Verlauf des vierjährigen Krieges ist ein fortlaufender Beweis, mit welcher Kunst und Tatkraft sich die deutsche Heeresleitung dauernd freie Reserven zu sichern wußte, und sie gerade dort zu verwenden, wo der Gegner eine uns niedererschmetternde Entscheidung zu gewinnen hoffte. Ich brauche nur den Feldzug in Polen, Gorlice, Serbien, Rumänien, Itzsch-Tolmein zu nennen. Nur so haben wir den Krieg bisher siegreich führen, den Osten unserem Schwert gefügig machen können.

Unsere weit vorgedrungene Südfront zwischen Chatou-Thierry und Reims konnte leicht in eine schwierige Lage geraten, wenn es dem Gegner gelang, an der Westfront weitere Fortschritte zu machen. Er hatte allerdings keine Angriffe eingestellt, konnte sie aber jeden Augenblick wieder aufnehmen und hat am 29. Juli in der Tat wieder mit starken Angriffen gegen die vorpringende deutsche Ecke westlich Fere en Tardenois begonnen. So entschloß sich die deutsche Heeresleitung zunächst, am 19. Juli die Stellungen südlich der Marne zu räumen, und in der Nacht vom 26./27. Juli bis hinter den Durcq zurückzugehen und auch die anschließenden Linien über Wille en Tardenois und beiderseits der Aisne zurückzunehmen. Die deutsche Schlachtenfront zwischen Aisne und Marne ist dadurch wesentlich verkürzt und halbbare geworden. Wir haben etwa 20 Kilometer Raum aufgegeben, stehen aber immer noch 85 Kilometer südlicher als vor dem 27. Mai an der Ailette. Wir haben uns so der Entscheidung in dem Raume entzogen, wo Foch sie zu geben wünschte, gerade so wie dieser am 15. Juli unserem Angriff in der Champagne, östlich Reims, auswich.

Man hat gemeint, daß die Schlacht zwischen Soissons und Reims den Übergang vom Stellungskriege zum Bewegungskriege bedeute. Das ist zuviel gesagt. Der Erfolg ist Foch glücklicherweise verweigert geblieben, es in diesem geschickt gewählten Raume zur entscheidenden Mandriererschlacht zu bringen; sein Mandrier erstarb an der Gegenwehr der Deutschen und an seinen eigenen großen Verlusten. Aber der Stellungskrieg selber ist seit Hindenburgs Rückzug von der Somme im Beginne des Jahres 1917 geschmeidiger und flüssiger geworden; er lebt nicht mehr am Ortsbegriff oder am Schützengraben der vorderen Linien. Um so mehr ist es ein langames Abbringen der gegenseitigen Kräfte geworden; er geht um Blut und Kriegsgerät. Die deutsche Heeres-

leitung hat sich wiederholt zu dem Grundsatze bekant und ihn zu ihrem Glaubensbekenntnis erhoben, in jeder großen Schlacht dem Gegner beträchtlich größere Verluste zuzufügen, als unser eigenes Heer erleidet, und dem Kampfe lieber auszuweichen, als diese Absicht stören zu lassen. So wird jede Schlacht zu einem großen Aderlass, und das Weisblut, von dem Bismarck einst sprach, wird zur Wirklichkeit.

Die Schlacht zwischen Soissons und Reims, die immer noch eine Front von 60 Kilometer umspannt, geht dem Ansehen nach von dem vierten in das fünfte Kriegsjahr hinüber. Ob aus ihr heraus sich schließlich doch noch der Bewegungskrieg entwickeln wird, ob eine Entscheidung an anderer Stelle vorbereitet wird, während hier noch das harte Ringen weiter geht, wer vermag es zu sagen. Auffällig ist die sehr lebhafteste unablässige Tätigkeit der Engländer auf ihrer Seeresfront; ob wir in ihr nur den Wunsch zu erblicken haben, möglichst starke deutsche Kräfte dort zu fesseln, ob wir darin ein ängstliches Ueberwachen erblicken müssen, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Der Krieg im Westen aber scheint neuen Höhepunkten zuzutreiben; ob die Hand des Stärkeren, wenn der Aderlass weit genug vorgeschritten ist, noch die Kraft haben wird, den Vernichtungsschlag auf das Haupt der anderen niedersinken zu lassen, wer möchte darüber eine Prophezeiung wagen!

In Italien ist die Kriegslage wesentlich ruhiger als im Westen. Nachdem die Elemente und der Verrat den Vorstoß unserer Bundesgenossen durchkreuzt hatten, haben doch auch die Gegner sich außerstande gesehen, ihren Erfolg auszunutzen. Abgesehen von dem üblichen Hin und Her des Stellungskrieges stehen sich beide Teile wieder abwartend gegenüber. Doch scheint es, als ob die Amerikaner auch an jene Front Truppen abgeben müssen, was immerhin eine Erleichterung für unsere Unternehmungen in Frankreich bedeuten und außerdem beweisen würde, daß die Italiener fortgesetzt mit einer Erneuerung des österreichischen Angriffes rechnen.

In Albanien ist der Krieg seit dem 9. Juli lebhafter geworden, als er seit langem war. Nachdem die Oesterreicher und Ungarn Angriffe starker französischer und italienischer Kräfte zunächst abgewiesen waren, haben sie am 24. Juli, anscheinend nach Eintreffen von Verstärkungen, ihrerseits zum Angriff ausgeholt, den Bomontin wieder erreicht und ihn in der Mündungsebene auch überschritten. Dann aber haben aufs neue kräftige feindliche Gegenstöße eingesetzt, die bisher ergebnislos verliefen.

Die Verhältnisse im Kaukasus, in Persien und Mesopotamien sind unklar; doch stehen die Engländer noch immer nördlich Bagdad und scheinen in Persien im Vordringen gegen Norden begriffen zu sein. In Palästina ist es in den letzten Tagen wieder unruhiger geworden; die Engländer haben zu beiden Seiten des Jordan mehrfache Schläge erlitten, die Türken Angriffe der aufständischen Araber gegen die Geddisabahn hiefig abgewiesen. Auch in Asien hat das vierte Kriegsjahr eine endgültige Entscheidung noch nicht gebracht.

Die Verluste des Verbandes seit Kriegsbeginn.

Berlin, 31. Juli. (B. Z. N.) Bereits am 2. August 1917 betragen die Verluste des Verbandes nach vorläufiger Schätzung über 18 Millionen Mann. Die kühnen Niederlagen des inangewöhnlichen vergangenen Kriegsjahres, die dem Verbande überall neue unerhörte Opfer kosteten, haben diese Zahl auf

25 Millionen

erhöht. Hieron hat Rußland seine Hilfe für die Machtpläne der Westmächte nach einer Aeußerung des Petersburger Pressekommissars Kuzmin am 5. Juli 1918 mit 4 1/2 Millionen Toter, 6 Millionen Verwundeter und Krüppel und 3 Millionen Gefangener bezahlen müssen. Die Franzosen und Engländer haben allein 1917 im sandrischen Blutsumpf weit über eine halbe Million Soldaten und in den ersten drei Monaten der deutschen Westoffensive 1918 eine weitere Million verloren. Rechnet man die schwere Einbuße der Franzosen am Chemin-des-Dames im Oktober, der Engländer bei Cambrai im November 1917 und die seitige, alles bisher an Verlusten Vorgehens übersteigende Gegenoffensive nach hinzu, so zählt heute Frankreich über 5 Millionen, England über 2 800 000 schwarze und weiße Tote, Verwundete und Gefangene. Nicht weniger schwer hat Italien im vierten Kriegsjahr gelitten. Hatte es am 2. August 1917 1 600 000 Mann Verluste, so hat es heute nach der 11. und dem Zusammenbruch der 12. Novozschlacht 1917, die allein über eine halbe Million seiner Soldaten verlor, und den Kämpfen an der Gebirgs- und Piavefront 1918 weitere 800 000 Mann geopfert. Am verständigsten hat der Krieg die Volkskraft der kleinen Hilfsstaaten des Verbandes getroffen. Serbien hat seine Teilnahme am Kriege mit fast seiner ganzen erwachsenen männlichen Bevölkerung bezahlt. Rumänien hat die Hälfte seiner Armee verloren. Rechnet man Belgier, Montenegriner und Amerikaner hinzu, so ergibt sich als Gesamtverlust der Verbandsverluste die Einwohnerzahl von Spanien und Portugal zusammengezählt: 25 Millionen Menschen.

„Das sozialistische Vaterland in Gefahr!“

Aufruf der Volkshewiki.

Moskau, 30. Juli. In der gestrigen gemeinsamen Sitzung des anführenden Hauptauschusses des Moskauer Rates und der Arbeiterorganisationen im Großen Theater, an der zehntausend Mitglieder teilnahmen, wurde nach Reden Lenins und Trozki folgende Entschliessung angenommen:

1. Das sozialistische Vaterland befindet sich in Gefahr.
2. Hauptaufgaben des gegenwärtigen Augenblicks sind Abwehr der Tschecho-Slowaken und Zufuhr von Getreide.
3. Unter den Arbeitermassen ist die kräftigste Agitation zur Aufklärung über den Ernst der Lage einzuleiten.
4. Gegenüber der Bourgeoisie, die sich überall der Gegenrevolution anschließt, ist die Wachsamkeit zu vermehren. Die Sowjetregierung muß sich den Rücken decken. In diesem Zweck muß

die Bourgeoisie unter Kontrolle gestellt

und in der Praxis gegen sie der Rassenterror durchgeführt werden.

5. Allgemeine Lösung muß sein: Tod oder Sieg! Massenexpedition nach Brot, Massenausbildung in militärischer Beziehung, Massenbewaffnung der Arbeiter und Anspannung aller Kräfte zum Kampf gegen die gegenrevolutionäre Bourgeoisie!

Französisch-amerikanisches Aufstürmen am Meunière-Walde und östlich Fère en Tardenois — Merris in englischer Hand.

Berlin, 31. Juli 1918, abends. Amtlich. An der Kampffront herrschte tagüber Ruhe.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 31. Juli 1918. (B. Z. N.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern sehr rege Erkundungstätigkeit. Bei erneutem feindlichen Vorstoß gegen Merris blieb der Ort in Feindeshand. Nördlich von Albert und südlich der Somme am frühen Morgen harter Feuerkampf. Der Tag verlief ruhig.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Hauptkampffeld des 20. 7. zwischen Hartennes und westlich von Fère en Tardenois blieb gestern die feindliche Infanterie nach ihrer Niederlage am 20. untätig. Vor Saponay wurde ein heftiger Teilangriff des Feindes abgewiesen. Zwischen Fère en Tardenois und dem Meunière-Walde härmten Franzosen und Amerikaner gegen Mittag erneut in tiefer Olieberung an. Ihre Angriffe sind blutig gescheitert. Auch am Walde selbst drang mehrfach wiederholter Ansturm des Feindes zusammen. Unsere Infanterie stieß dem geschlagenen Feinde vielfach nach und setzte sich im Vorgefände ihrer Linie fest. Östlich von Fère en Tardenois erneuerte der Gegner am Abend und während der Nacht ohne Erfolg seine verlustreichen Angriffe. Ebenso scheiterten feindliche Teilangriffe bei Romigny.

Wir machten in den Kämpfen der letzten Tage mehr als 4 000 Gefangene. Damit steigt die Zahl der seit dem 15. Juli gemachten Gefangenen auf mehr als 24 000.

Western schossen wir im Luftkampf 19 feindliche Flugzeuge ab. Leutnant Leowenhardt errang seinen 47. und 48., Leutnant Volke seinen 27. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 31. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Gebiete des Saffersoffs brachte uns ein erfolgreiches Sturmtruppunternehmen 25 Gefangene ein.

An der ganzen italienischen Front sehr lebhafteste Flieger-tätigkeit.

Albanien.

Unserem andauernden Drucke nachgebend, räumte der Feind heute früh an mehreren Stellen seine vordersten Linien.

Der Chef des Generalstabes.

„Izwestija“ vom 30. Juli bringt unter der Überschrift „Das sozialistische Vaterland in Gefahr“ folgenden Leitartikel von Steklow: Die englisch-französischen Imperialisten operieren planmäßig, auch ein Blindler kann sehen, daß die verschiedenen Vorgänge von einem Zentrum ausgehen, wie auf Kommando. Dieses geheime Zentrum ist jetzt bekannt. Es sind die Kriegsstäbe und die diplomatischen Kanzleien des Entente-imperialismus. Jetzt ist die Räte-Republik von Norden, Osten und Südosten

durch einen Halbring von Kriegsoperationen umzingelt, wo die äußeren Feinde mit den Elementen der Gegenrevolution eine Front bilden. Jetzt ist die Gefahr eigentlich noch weit größer als im Februar. Heroische Entschlüsse sind nötig. Der Todfeind klopft schon an die Pforte der Räte-Republik. Er bringt Ketten den Massen und Tod den Führern. In Gefahr ist nicht nur die Sowjetrepublik, sondern das Weltproletariat, welches in der Räte-Republik sein Ideal sieht. Möge überall die Alarmglocke ertönen, das sozialistische Vaterland ist in Gefahr.

Die sibirische „Post“ bringt einen Leitartikel von Kain, in dem es heißt: die tschecho-slowakische Gefahr wächst. Die Getreidezentren sind verloren, die Wasserstraßen und östlichen Eisenbahnknoten ebenfalls. Es ist schwer zu denken, was aus der Räte-Republik werden soll, wenn die Vormwärtsbewegung der Tschecho-Slowaken ebenso schnell vortwärts geht wie bisher.

Ein Aufruf des Volksbeauftragten für innere Angelegenheiten an die Gouvernements- und Kriegsausschüsse erklärt, daß Moskau und Petersburg bereits vier Tage ohne Brot seien und fordert dringend zur Rettung der Hauptstädte vor der Hungersnot auf.

Laut einer Meldung der amtlichen „Izwestija“, ist Jekaterinburg von den Tschecho-Slowaken genommen worden.

Die bolschewistische Presse schlägt aus diesem Anlaß Alarm und ruft zu den Waffen. Wie eine Lamine, so schreibt „Pravda“, wächst die tschecho-slowakische Gefahr, wie ein Delfin auf dem Papier dehnt sich die Gegenrevolution aus. Kein Pardon dem Feinde! Der Hungerling muß gesprengt werden.

Stockholm, 31. Juli. (Z. N.) Auf Umwegen laufen nach Petersburg und Moskau haarsträubende Nachrichten über das Vorgehen der Tschecho-Slowaken ein, die keine Volkshewikis haben. Wie festgestellt wurde, machen sie überhaupt keine Gefangene und behandeln die in Gefangenschaft geratenen Soldaten der Roten Armee als Banditen. Sie werden in Ketten aufgestellt und einfach niedergeschossen. Einige Hinterbliebene müssen dann die Kameraden in selbstgegrabenen Gräbern beerdigen, worauf sie auch erschossen werden.

Der Hunger und die Ernte.

Doronesk, 29. Juli. (B. Z. N.) Das Exekutivkomitee des Gouvernements hat Maßregeln getroffen, um den Raub des von Großgrundbesitzern gehaltenen Getreides durch die Bauern zu verhindern. Die Erzeugnisse des Großgrundbesitzes werden für die Sowjetrepublik verwendet.

Nischni-Novgorod, 29. Juli. (B. Z. N.) Wegen der Lebensmittellage der Stadt werden auf Veranlassung der Stadtviertelorganisationen für die Bewohner bestimmter Stadtviertel gemeinschaftliche Speiseküchen errichtet.

Tulsa, 29. Juli. (B. Z. N.) Durch das Exekutivkomitee des Gouvernements sind Maßregeln zur baldigen Ernte getroffen worden. Es wurde eine bestimmte Frist zum Auswachen des Getreides festgesetzt. Das bis zum 16. Oktober noch nicht gedrohtene Getreide wird beschlagnahmt werden. Zur Unterstützung der Bauern bei der Ernte werden Arbeiterverbände organisiert, die mit landwirtschaftlichen Maschinen versehen werden.

Saratow, 29. Juli. (B. Z. N.) Der Volkswirtschaftsrat hat aus seinen Mitteln 300 000 Rubel zum Einkauf von Senfen zur Verfügung gestellt. Die Senfen sollen an die Dorfbevölkerung des Gouvernements weiterverkauft werden.

Die Kämpfe.

Stockholm, 31. Juli. (Z. N.) Die Meldung der Sowjetregierung, daß Jekaterinburg noch von den Volkshewiki gehalten wird, bestätigt sich nicht. Die aus Jekaterinburg zurückgegangenen Volkshewikigruppen haben sich in Wixomij-Albain, am Weisk-See, festgesetzt und bereiten sich zu neuen entscheidenden Kämpfen mit den Tschecho-Slowaken, die diese Gegend noch nicht besetzen konnten, vor. Die Volkshewiki verfügen dort über 8000 Mann Infanterie, 1500 Mann Kavallerie, über 67 Geschütze und 150 Maschinengewehre. Infolge der beschädigten Amurlinie ist die Verbindung zwischen den Volkshewiki des Transbaikals und den Volkshewiki der Amurgegend sehr erschwert.

Moskau, 29. Juli. (B. Z. N.) Die Erfolge der Räteruppen in den Bezirken von Gopersk und Irtj-Redudskij im Dongebiet bestätigten sich. Der Befehlshaber des gegnerischen Teils verzweifelt in einem Tagesbefehl darauf, daß eine Anzahl Kosaken Kampfeslust gezeigt und sich dem bolschewistischen Befehlshaber Mironow gefangen gegeben hätten.

Die Regierung in Samara und die Bauern.

Der Petersburger Telegraphenagentur werden interessante Berichte darüber übermittelt, wie die Bauern des Gouvernements Samara sich zu der dort entstandenen rechten S.-R.-Regierung verhalten. Es stellt sich heraus, daß in den von den Tschecho-Slowaken nicht eingenommenen Kreisen diese Regierung keinen Einfluß hat. In der ersten Zeit nach der Befreiung der Stadt Samara durch die Tschecho-Slowaken hatte diese Regierung eine Verfügung an alle Amtsbezirke erlassen, alle Räte auseinanderzulassen und die ganze Nacht den Sowjetrat zu übergeben, aber diese Verordnung blieb auf einstimmigen Widerstand seitens der Bauern. Auf den wiederholten Befehl, die Räte auseinanderzutreiben, antworteten die Bauern durch Mobilisation der Roten Armee und erklärten, daß sie bereit seien, eine Schlacht zu liefern. Die Regierung in Samara nahm jedoch die Schlacht nicht an und zog es vor, sich mit ihrer Macht auf dem Territorium der Stadt Samara zu begnügen. Die Bauernschaft vereinigte sieben Amtsbezirke zur gemeinsamen Leitung der landwirtschaftlichen Arbeiten. Unter Einwirkung dieses Zentrums wachsen die Kommunen, die vorläufig noch nicht groß sind; aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird zum Herbst eine Vereinigung dieser Kommunen in große wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften stattfinden.

Saku.

Moskau, 29. Juli. Heber die Zustände in Saku melden die „Bolschewiki-Litauische Mitteilungen“ nach der „Kowoje Wjedomosti“, daß die Stadt fast vollständig abgeschnitten ist und nur mit Mühe den Verkehrsweg über das Kaspiische Meer nach Astrachan offen hält. In der Stadt haben die Sowjetdeputierten das Brot in der Hand. Lebensmittel sind fast nicht vorhanden. Die Stadt hat Guldscheine ausgegeben, die einen noch niedrigeren Kurs als die Kerenskrubel haben. Nach dem Bericht des Gewerkschaftsmannes der russischen Zeitung, des Bevollmächtigten einer Petersburger Rappthagegesellschaft, zählt man für 100 Gramm Roggenmehl 12 Kerenskrubel, für das gleiche Quantum Zucker 25 Rubel, für ein Keschin (gleich 72 Zentimeter) schlechten Stoffes 25 bis 250 Rubel. Die Rappthageindustrie liegt fast vollständig still, da die meisten Arbeiter des Hungers wegen fortgezogen sind. Dazu kam der Versuch des östlichen Sowjets die gesamten Rappthagebetriebe zu nationalisieren, der jedoch von Moskau aus unterbunden wurde. Die Rappthageproduktion ist außerordentlich zurückgegangen, selbst die vorhandenen Vorräte können nicht abtransportiert werden. Seit Beginn der Schiffsahrt bis Ende Juli konnte nur der fünfte Teil der in früheren Jahren fortgeschickten Mengen nach Astrachan abtransportiert werden.

Die Räteregierung und das Schulwesen.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. N.) Der Volkskommissar für Volksaufklärung Lunatschorski, teilte bei einer Unterredung mit, daß auf der in Moskau stattgehabten Konferenz über die Organisation des Schulwesens in Rußland die Beteiligung der Studenten an der Selbstverwaltung im Prinzip zugelassen worden ist. Die Umgestaltung des höheren Schulwesens wird folgendermaßen geplant: Die höheren Lehranstalten werden eine besondere Kommission aus Vertretern der Konferenz und den Vertretern des Kommissariats für Volksaufklärung bilden. Danach wird das Prinzip der Unberührbarkeit der Vorlesungsvorlesung vorgelegt werden, wo es von den jüngeren Lehrern und Studenten durchgesehen werden wird. Dann wird das Projekt zur Verwirklichung an die Konferenz des höheren Schulwesens, welche in Moskau einberufen werden soll, eingereicht werden. Die Umgestaltung des höheren Schulwesens wird noch bis Anfang des neuen Schuljahres durchgeführt werden.

Das Kommissariat der Volksaufklärung wandte sich an den Sowjet der Volkskommissare mit der Bitte wegen finanzieller Unterstützung der Schulen in den zeitweilig okkupierten Bezirken. Die Lehrer dieser Schulen befinden sich in jämmerlicher Lage. Das Kommissariat beabsichtigt, ihnen eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, die von dem am nächstgelegenen Arbeiter- und Bauernabgeordnetenrat erhoben werden kann. Zu diesem Zweck hat das Kommissariat dem Arbeiter- und Abgeordnetenrat des Bezirkes bereits einen Vorschlag von 1 Million Rubel eingehändigt.

Moskau, 29. Juli. (B. Z. N.) Die Zusammenkunft von Vertretern der Volksaufklärungsabteilung ist beendet. Ein Entwurf zur Eröffnung von Fortbildungskursen im ganzen Gouvernements ist ausgearbeitet. Mit der Ausführung wurde bereits begonnen.

Sibirsk, 29. Juli. (B. Z. N.) In der nächsten Zeit werden vom Volkswirtschaftsrat Kurse für Kooperationsinstruktoren eröffnet, sowohl für Erzeuger wie auch für Abnehmer.

Die Propaganda gegen den britischen Munitionstreif.

Der Londoner Korrespondent des „Politiken“ gibt seinem Blatt einen Drahtbericht über die Propagandamittel, durch die der Munitionstreif bekämpft und schließlich überwunden wurde. Namentlich die Seeleute taten sich in der Bekämpfung der Streikenden hervor. Viele hundert organisierte Seeleute von torpedierten Schiffen zogen durch die Straßen der Brennpunkte des Streikgebiets und hielten die Arbeiter, zu überlegen, was geschehen würde, wenn die Seeleute in der Lebensmittelzufuhr für die Streikenden ihrerseits streikten. Die Antistreikredner seien aber überall so klug gewesen, die Streikenden nicht zu reizen, sondern ihnen ins Gewissen zu reden und sich an ihre Vaterlandsliebe zu wenden.

Den Ausschlag hat natürlich nicht diese Agitation, sondern Lloyd Georges Schützengräbenbedrohung gegeben.

Das Eisenbahnunglück bei Landsberg.

Die Zahl der Opfer des furchtbaren Eisenbahnunglücks, das sich am Dienstag vormittag auf der Ostbahn zugetragen hat, beträgt nach den bisherigen Feststellungen 43 Tote und 24 Schwerverletzte.

Die bisher festgestellten Namen der Toten sind folgende:

- 1. Kaufmann Egidius Pollnow, Berlin, Alte Schönhauser Straße.
2. Speisewagenkellner Egidius Jaffe, Berlin.
3. Soldat Richard Theus, Wilmersdorf, Nachrichten-erkundungsabteilung 7, 2.
4. Emil Baron, Spandau, Köpenickerstr. 12.
5. Kaufmann Leo Krausner, Cron.
6. Dessen Frau Frieda.
7. Fräulein Cécilie Fährlich, Trebitzsch, Kr. Schwerin a. W.
8. Wächter Robert Schmidt, Fulda, Kr. Landsberg.
9. Artillerieleutnant Rader, Bromberg.
10. Hauptmann Bruno Marcinkowski vom General-Kommando 1. A. A.
11. Landsturmmann Richard Krüger, 2. Komp. Feld-Rekrutendepot der 206. Inf.-Div.
12. Feldgendarm Sergeant Fischer, Militärverwaltung Suwalki.
13. Soldat Robert Deigen, Köln, Elbasser Str. 27, Feld-artillerieregiment 31.
14. Schneidermeister Franz Walter, Leopoldsdorf, Kr. Landsberg.
15. Schaffner Domke, Bromberg.
16. Julius Seelig, Samotschin, Kr. Kolmar.
17. Franz Schweiger, Bronke.
18. Lehrling Artur Martin, Bromberg.
19. Postkassierer Lehre vom Postamt 2, Warschau.
20. Holzagent Bernhard Midowick, Kaluzin, Gow. Warschau.
21. Fräulein Helene Frähdorf, Lobburg, Kr. Magdeburg.
22. Schülerin Anneliese Neumann, Steglitz, Riffinger Straße 10.
23. Gutsbesitzerfrau Rau, Knaumwalde, Kr. Di.-Krone.

Die Toten konnten bisher nicht sämtlich festgestellt werden, da die Leichen zum Teil sehr verfault sind, zum Teil, besonders bei Frauen, Ausweispapiere, die ja nicht in den Kleidertaschen getragen werden, fehlen. Hier kann die Feststellung nur auf Grund von vorgefundenen Schmuckstücken oder besonderen Kennzeichen erfolgen. Bei zwei Frauen, die auf dem Transport von der Unglücksstelle nach dem Krankenhaus starben, wurden folgende Schmuckstücke gefunden: Bei der älteren ein Ehering mit dem eingravierten Namen „Bruno“, ein Schlangerring mit zwei Brillanten und ein Ring mit großer, weißer Perle; bei der anderen ein Kriegerring. Beide Frauen mochten schätzungsweise Anfang der vierziger Jahre gestanden haben.

- Die Liste der Schwerverletzten umfasst folgende Personen:
1. Frieda Marie, Speisewagenkellnerin aus Charlottenburg;
2. Oberarzt Dr. Eduard Rosenstiel, Strahburg i. Ch.;
3. Damenkleidner Gustav Rarten aus Frohnau bei Berlin;
4. dessen Ehefrau Verta;
5. Kaufmann Louis Löwenjohn, Bronke;
6. Kaufmann Max Riesenfeld aus Bromberg;
7. Silberputzerin im Speisewagen, Hildegard Hof aus Berlin-Noahit;
8. Lehrer Gustav Rood, Güstrow, Kr. Arnswalde;
9. Kaufmann Felix Maschka, Berlin N.O., Reibellstraße 43;
10. Mädchenmädchen Martha Rahn aus Charlottenburg;
11. Gertrud Herbert, Staplow bei Luboch, Kr. Czarnikau;
12. Schmied Rosimir Madziars aus Spandau, Falkenhagener Straße 52;
13. Postkassierer Simon Kellner aus Mühlhausen i. Baden;
14. Kaufmann Wilhelm Thiede, Bromberg, Elisabethstr. 11;
15. Handelsmann Jan Sapijowski, Gembitz, Kr. Mogilno;
16. Kriegsbekämpfender Karl Radtke aus Grünberg, Kr. Samter;
17. Margarete Theus, Kolmar i. Posen;
18. Fräulein Elise Weise, Lauban i. Schles.;
19. Frau Elise Kopp, Müllhagen, Kr. Arnswalde;
20. Schaffner Ernst Predlow aus Landsberg;
21. Landrat v. Geyer aus Arnswalde;
22. Sergeant Jemisch, Infanterie-Reg. 26, Batterie 5;
23. Offiziersstellvertreter Bandler, Inf.-Reg. 3, Batterie 6;
24. Wehrmann Gustav Rüd, Gefangenenlager Wiedenborstel.

Einem Bericht, den die Staatsanwaltschaft in Landsberg über den Vorfall erstattet hat, entnehmen wir folgendes: Die Wagen des D-Zuges und des Güterzuges, die vollständig demoliert waren, brannten noch bis zum späten Abend. Es ist leicht möglich, daß sich noch mehrere Opfer unter den Trümmern befinden. Nach den vorläufigen Feststellungen, die sich auf die Aussagen der Bahnbeamten stützen, ist die Kolbenstange des Güterzuges mit großer Wucht aus dem Getriebe weggeschlagen und hat die Schienen des parallel laufenden D-Zuges ausgebeult. Der Güterzug hielt sofort, und das Personal, das die Gefahr für den herankommenden D-Zug bemerkte, suchte durch Winken und Schreien den Lokomotivführer aufmerksam zu machen. Der Führer des D-Zuges bremste auch und verlangsamte die Fahrt, konnte aber die Katastrophe nicht mehr verhindern. Die D-Zug-Maschine sprang nach links auf den stehenden Güterzug, und die Folge war das Unglück. Kaum war das Unglück bekannt geworden, als auch bereits aus den umliegenden Dörfern große Menschenmengen, hauptsächlich Frauen, herbeiströmten. Rannschaften und Gendarmen mußten aufgeboten werden; um Diebstähle und eine Veranbarung der Toten und Verwundeten sowie der Güter zu verhindern. So gelang es dem Eingreifen des Majors Werner, mehrere Bahngegenstände aneignen zu verhindern. Erst die allerhöchste Absperrung schaffte die nötige Ordnung. Bei einem Toten, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, wurden 2000 M. in der Brieftasche gefunden. Da niemand eine Schuld an der Katastrophe trifft, wird der Staatsanwalt die Untersuchung abbrechen und die Leiden freigeben.

Eine amtliche Mitteilung erklärt, daß das Unglück „anscheinend auf menschliches Versäumnis nicht zurückzuführen“ sei.

Zu dieser letzten Feststellung wäre zu bemerken, daß zwar einen einzelnen keine Schuld an dem Unglück treffen mag, daß es aber doch dringend nötig sein dürfte, festzustellen, wie die Katastrophe stattfinden und eine derartige Ausdehnung annehmen konnte. Dabei wären vor allem zwei Punkte aufzuklären: 1. Wann ist der Zustand der schadhaften Lokomotivkolbenstange zum letztenmal vor dem Unfall geprüft worden? 2. Wie war es möglich, daß die Eisenbahnwagen drei Stunden lang gebrannt haben? Waren keine Feuerlöschmittel zur Hand? Wo blieben die Feuerwehren aus Landsberg, Küstrin, Riez, Jantoch, Gurkow usw.? Wenn Magnesium-Badern zur Stelle waren, hätten auch Feuerlöschmittel in genügender und zweckdienlicher Menge vorhanden sein müssen. Mit Bränden muß heute mehr denn je zuvor gerechnet werden. Das Material ist zum großen Teil verbraucht, die Lüge sind jetzt weit mehr als sonst von weiblichen Personen besetzt und bedient. Die Ausrüstung der Lüge mit praktisch erprobten Feuerlöschmitteln ist eine Bedingung, der sich die Eisenbahndirektionen nicht entziehen können.

Groß-Berlin

Warnung.

Von heute ab, verehrter Zeitgenosse, ist es gefährlich, auf den Funkenkutschen der „Großen“ ungeknüpft herumzurutschen — eh du's verziehst, hat man dich bei der Bloße.

Ist dir's geglätt, ein Trittbrett zu erklimmen, so brülle nach dem Schaffner wie besessen, sonst schröpst dir ein Kontrollrich unterdessen die letzte Mark. Läßt dich per Veene türmen.

Dann rennst du ohne Geld in tausend Kengsten, das Herz voll Wut, Erbitterung und Ekel den nächsten Weg von Tempelhof nach Tegel. Wie sagt das Sprichwort? Ehrlich währt am längsten!

Du bist gewarnt! Versuche im Gedrängel selbst mit Gewalt den Mammon loszuwerden; die Schuld rächt sich mit einer Mark auf Erden, und freudig quicst du der Dividendenjüngel . . .

Vauken.

Die Heimfahrt nach Feierabend

Ist jetzt für Arbeiter und Angestellte eine der bittersten Zugaben zu ihrer Berufs- und Existenznot. Als Vergnügen empfunden die Groß-Berliner Verkehrsverbände auch der nicht, der ausgerückt zu seiner Arbeitsstätte fährt. Aber nach ermüdender Tages- oder Nachtarbeit die lange Heimfahrt stehend in einem bis zur Gesundheits- und Lebensgefahr überfüllten Wagen machen zu müssen, ist eine doppelt harte Zumutung. Für manche in abgelegenen Vororten untergebrachte Betriebe stellt die Straßenbahngesellschaft besondere Wagen, die namentlich dann unbedingt nötig sind, wenn der Schichtwechsel zu späterer Abendstunde erfolgt. Wird man für möglich halten, daß selbst hierbei die Straßenbahngesellschaft verlagert? In Weichen soll sie für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Nahrungsbetriebs Liebe, dessen Werkstätten sich weit draußen befinden, abends mehrere Wagen zur Heimfahrt bereit halten. Auch da haben, wie eine uns zugehende Reichswehr meldet, sich schon tolle Kollis abgespielt, weil man vom Straßenbahnhof nicht genug Wagen abgeben ließ. Als Grund wird angegeben, daß manchmal nicht genug Schaffnerinnen zur Stelle seien, um alle Wagen zu besetzen. Wenn sich diesem Uebel nicht leicht abhelfen ließe! Wer da draußen wegen Wagenüberfüllung zurückgewiesen wird, kann lange warten, bis er nach Berlin kommt. Am schlimmsten sind die Zurückweisungen für diejenigen, die Anschlag an die Eisenbahn suchen, und vom Ringbahnhof Weihensee oder vom Stadtbahnhof Alexanderplatz weiterfahren möchten. Verspätung kann bei der Spätkunft des abendlichen Zugverkehrs eine Wartezeit von 1-2 Stunden kosten. Wer gar den letzten Vorortzug verpaßt, sitzt bis zum nächsten Morgen fest. Solchen besonders für die Arbeiterbevölkerung sehr unangenehmen Mängeln des Straßenbahnbetriebes abzuwehren, sollte bei einiger Umsicht nicht möglich sein?

Gegen die Vertenerung der Umzüge

empfehlen eine Zeitschrift die Festlegung von Höchstpreisen für Möbel-führen. Im Hinblick auf die wachsenden Schwierigkeiten der Beschaffung von Fuhrwerk zu Umzügen kann man den Wunsch nach behördlicher Regelung verstehen. Umziehen zu müssen, ist für Kinderbemittelte jetzt ein harter Schlag. Nötig wäre nicht nur eine den Umzugswucher eindämmende Festlegung von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung (Größe des Wagens, Zahl der Hilfskräfte, Dauer des Umzugs), sondern auch die Einrichtung einer amtlichen Vermittlungsstelle für Angebot und Nachfrage. Eine Fuhrwerkvermittlung, die über Groß-Berlin hinausgreift und ein weiteres Gebiet umfaßt, würde eine bessere Krönung des jetzt nur spärlich vorhandenen Möbelfuhrwerks ermöglichen. Auch der Gedanke, den Fuhrunternehmern in der Umzugszeit die Pflicht zur Vergabe ihres Fuhrwerks aufzuerlegen, ist der Erwägung wert. Die Zunahme der Umzugschwierigkeiten erleichtert den Hauseigentümern die Mietsteigerungen. Minder Mieter muß, weil er vor einem Umzug zurückbleibt, den Wohnungswucher wecheln dulden. Auch deshalb ist eine Binderung der Umzugsnot dringend zu wünschen.

Das ausgemietete Polizeirevier.

Die Ausmietung durch Behörden scheint jetzt Mode werden zu sollen. Daß dabei unter Umständen eine Behörde auf die andere nicht Rücksicht nimmt, lehrt ein Fall, der aus Wilmersdorf gemeldet wird. Die Steuerveranlagungskommission für den Stadtkreis Wilmersdorf, deren Geschäftsräume sich jetzt in dem Hause Augustastr. 1 befinden, benötigt größere Räumlichkeiten und hat folge in dem Hause Augustastr. 5 gefunden. Die Mietverhandlungen sind bereits abgeschlossen und bedürfen nur noch der Genehmigung durch die vorgesetzte Behörde. Wird diese Genehmigung erteilt, dann müssen auch hier mehrere Mieter ihre mittleren Wohnungen räumen, gleichzeitig aber wird dann auch eine Behörde ausgemietet. In dem Hause Augustastr. 5 befinden sich nämlich die Büroräume des 3. Wilmersdorfer Polizeireviers, die ebenfalls für die Zwecke der Steuerveranlagungskommission in Aussicht genommen sind. Die ausgemieteten Bewohner des Hauses Augustastr. 5 beschuldigen das Mietvermittlungsbüro anzurufen. Was die obdachten gewordenen Sicherheitsbehörde zu tun gedenkt, ist noch nicht bekannt geworden.

Kundenlisten beim Schuhwarenverkauf?

Die Reichsstelle für Schuhverfertigung hat eine Neuregelung des Schuhverkaufs in Aussicht genommen, die ebenfalls die Führer von Kundenlisten vorseht. In diese von den Schuhhändlern zu führenden Listen sollen die Inhaber von Schuhbedarfsscheinen in der Reihenfolge ihrer Anmeldung eingetragen werden. Gleichzeitig ist der Schuhbedarfsschein an den Schuhhändler unter Angabe der Art und Größe des gewünschten Schuhwerks abzuliefern. Für die Eintragung kann auch schriftlicher Antrag zugelassen werden. Bei schriftlicher Bestellung soll dem Verbraucher der Eingang des Schuhbedarfsscheins unter Angabe der Nummer und des Datums der Eintragung bestätigt werden. Nach Eingang der Ware haben die Händler so viele Besteller zu benachrichtigen, wie aus der Sendung unter Berücksichtigung der verlangten Schuhart und Größe voransichtlich versorgt werden können. Für die Abnahme des Schuhwerks ist eine Frist zu setzen. Lehnt der Besteller die Annahme von Schuhwerk ab, obwohl ihm solches in der gewünschten Art und Größe angeboten wird, so ist die Bestellung als zurückgenommen anzusehen.

Um einen Ausgleich für Schuhwerk herbeizuführen, das nicht verkauft werden kann, weil ein Händler nach dieser Größe keine Nachfrage hat, soll eine Ausgleichsstelle eingerichtet werden, die unter Leitung der Gemeindeverwaltung steht. Sie hat die Besteller zu ermitteln, die ihren Bedarf an Schuhwaren in einer bestimmten Größe nicht decken konnten und sie solchen Schuhwarenhändlern zu überweisen, die Waren in den betreffenden Größen auf Lager haben. Die Gemeindeverwaltung soll befugt sein, jederzeit eine Ueberwachung über die Führung der Kundenlisten, die abgelieferten Schuhbedarfsscheine und die Geschäftsbücher des Händlers auszuüben.

Diese Maßregel wäre, falls sie halb, energisch und mit Umsicht durchgeführt wird, in der Tat geeignet, den unerträglichen Ansammlungen vor den Schuhläden ein Ende zu machen, die man durch die Einführung des Ausweiszwanges vergebens zu belämpfen versucht hat.

Vorläufig kein freier Handel mit Kriegsschuhwerk.

In der Öffentlichkeit ist jüngst unter Hinweis auf die große Erzeugung von Kriegsschuhwerk die Forderung vertreten worden, daß der Handel mit diesem Kriegsschuhwerk völlig freigegeben werde. Gegen diese Auffassung wendet sich der zuständige Hauptverteilungsaußschuß des Schuhhandels in einer Erklärung, worin es heißt:

Der Hauptverteilungsaußschuß steht auf dem Standpunkt, daß, wenn der schrankenlose Verkehr wieder eingeführt würde, angesichts des derzeitigen Verhältnisses der Gesamtproduktion zum Bedarf sofort diejenigen Zustände in verstärktem Maße wiederkehren würden, die sich vor der Errichtung der Organisation gezeigt und zu deren Errichtung geführt haben. In jener Zeit wuchsen sich einige besonders rührige, kapitalstärkige Händler die Erzeugung im wesentlichen zu sichern, während die anderen, namentlich die kleinen, abseits von den Verkehrsmittelpunkten anlässigen Händler Schuhe überhaupt kaum mehr zu sehen bekamen. Gegenüber der vielfach auftretenden Meinung, daß durch den schrankenlosen freien Verkehr wesentlich bessere Sachen zu weit niedrigeren Preisen herausgebracht werden könnten, müssen wir darauf hinweisen, daß die Erfahrung in allen anderen Geschäftszweigen während der Kriegszeit dem „aufs schärfste widersteht“. Wenn die Gesamtproduktion hinter dem Bedarf wesentlich zurückbleibt, bewirkt der schrankenlose freie Verkehr eine sich nicht verstärkende Konkurrenz der Abnehmer. In welchen Ergebnissen dies führt, zeigt sich derzeit im Weinhandel, im Möbelhandel und in zahlreichen anderen Geschäftszweigen. Auch die Festlegung von Höchstpreisen allein genügt nicht, weil der Bedarf sich, wie wiederum die Erfahrung im Nahrungsmittelverkehr unwiderleglich zeigt, über die Höchstpreise einfach hinwegsetzt. Es gibt nur ein Mittel, die schrankenlose Erhöhung der Preise und das Verschwinden der Ware vom Markt zu verhindern: die Bemittelten der Kreise hintonzubalten; das sind Höchstpreise mit gleichzeitiger Erfassung der Ware.

Arbeiterhilfe für Kriegsbekämpfte.

Ein schönes Beispiel praktischer Solidarität mit den Kriegsbekämpften gab die Arbeiterchaft der Firma Ludw. Loewe u. Co., Gutfenstraße. Sie ließ durch ihren Obmann, Paul Witolla, einen Beitrag von 1000 Mark dem Vertrauensmann des Reichsbundes der Kriegsbekämpften und ehemaligen Kriegsteilnehmer im Norden, M. Kellso, für die Unterstützungskasse des Reichsbundes überreichen. In der letzten Zeit haben sich solche erfreuliche Stiftungen für den gleichen Zweck gemehrt. Die Heber dürfen versichert sein, daß dieses Geld wirklich und direkt den Bedürftigsten unter den Kriegsbekämpften zugute kommt, ohne daß davon ein Teil für alle möglichen Speisen und Verwaltungskosten verbraucht wird. Die Fälle trauriger Notlage unter den heimgelassenen Kriegern sind so zahlreich und sofortige Hilfe so sehr notwendig, daß man nur wünschen kann, das Beispiel der Arbeiter von Ludwig Loewe möge recht oft Nachahmung finden.

Zur Gemüsebewirtschaftung.

Nach einer Mitteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist der Flächenweise Anbau von Früh- und Herbstgemüse durch Kommunalverbände oder andere Bedarfstellen unzulässig. Nach der am 3. April 1917 erlassenen Verordnung müssen Verträge, durch die sich Erzeuger vor der Abernennung zu eigentlichen Lieferungen von Gemüse und Obst verpflichten, das von ihnen selbst abgeerntet wird, schriftlich abgeschlossen und von der Reichsstelle für Gemüse und Obst genehmigt werden. Verträge, die unter Umgehung dieser Bestimmungen abgeschlossen werden, sind ohne weiteres als rechtsunzulässig anzusehen. Wer solche Verträge erfüllt, macht sich strafbar.

Die Heizung der Vorortzüge.

Vor kurzem erschien in einigen Zeitungen eine offenbar von amtlicher Stelle herrührende Mitteilung, nach der es erfreulicherweise der Erfindungsindustrie gelungen sei, dem Fehlen der Heizflächen abzuwehren, und somit ein großer Teil der Lüge im kommenden Winter wird geheizt werden können. Leider wurde aber hierbei eine wichtige Einschränkung gemacht. Den Lügen des Rabberlechts — darunter fallen alle, die nicht länger als zwei Stunden fahren — soll die Wohltat des Heizens vorenthalten werden. Dies bedeutet, daß im gesamten Groß-Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr das Publikum ebenso unentwertet wird wie im letzten Jahre; denn selbst auf der längsten Strecke (zwischen Potsdam und Erkner) fahren die Lüge nur gerade zwei Stunden.

Viele Tausende von Menschen, die jetzt ohnedies weniger widerstandsfähig sind, werden somit in einer Zeit, in der die Beschaffung von warmer Kleidung ein schwieriges Problem ist, in der die meisten auch wieder Wohnungen, Bureau, Geschäftsräume und sonstige Arbeitsplätze nur mangelhaft erwärmt sein werden, allen Unbillen eines harten Winters ausgesetzt. Neht, da es auf die Verwahrung und Unterhaltung jeder einzelnen Arbeitskraft ankommt, sollte es möglich nicht notwendig sein, die Eisenbahnverwaltung auf die Gefährlichkeit einer Wiederholung des vorjährigen Experimentes hinzuweisen.

Der eheliche Gehaltsvertrag zum Schutze gegen die Gläubiger.

Auch für die Angestelltenversicherung gilt der in der künftigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes aufgestellte Grundgedanke, daß bei der Prüfung der Frage der Versicherungspflicht nicht so sehr die rechtliche Gestaltung als die tatsächlichen Verhältnisse entscheidend sind. Diesen Grundgedanken hat das Oberlandesgericht für Angestelltenversicherung neuerdings in einem Falle angewandt, wo es sich um die Liebertragung des größten Teils des Gehalts an die Ehefrau eines Reisenden handelte, um es dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen — eine Maßnahme, die das Reichsgericht nicht als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet hat. Der frühere selbständige Kaufmann Alfred M., der in Konstantinopel geratet war, trat bei einem Stahlmittel als Reisender ein; außer den Reisekosten von täglich 20 M. bezog er monatlich 125 M., während seine Ehefrau monatlich 875 M. erhielt. Sie mußte aber nach dem Anstellungsvertrage diesen Teil der Vergütung zum Besten der Familie verwenden. Das Oberlandesgericht hat die Angestelltenversicherungspflicht der Ehefrau M. und auch des Mannes verneint. Die Frau sei durch diese Abmachung in kein Dienstverhältnis zur Arbeitgeberfirma getreten. Wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich und wirtschaftlich — und das sei hier entscheidend — sei der Ehemann M. die ganze Vergütung von 500 M. monatlich allein beziehen, wie es dann auch dem Hammerwert nur auf dessen Tätigkeit allein, nicht aber auf die der Ehefrau anliege, die es ohne ihn nicht befristet haben würde.

Das Steuerbringensystem. Die städtische Steuerdeputation hat beschlossen, das in einigen Stadtbezirken schon eingeführte Bringensystem bei der Steuerzahlung bei allen städtischen Steuerlasten in Berlin zum 1. April n. J. endgültig einzuführen. Von einer sofortigen Einführung der öffentlichen Rechnung soll vorläufig abgesehen werden.

Ansichtskarten nach neutralen und besetzten Gebieten. Für die Beförderung von Ansichtskarten und Sendungen mit Photographien nach dem verbündeten und neutralen Ausland sowie nach den besetzten Gebieten gelten fortan nachstehende Bestimmungen: Von der Beförderung mit der Briefpost (Briefe oder Postkarten) sind ausgeschlossen: 1. Ansichtskarten mit bildlichen Darstellungen irgendwelcher Art (Darstellungen von Verlichtungen, Bauwerken, Gegenständen, zeichnerischen Formen, Personen usw.); 2. angelegene Photographien und photographisch belichtete Bildarten, welcher Art die bildlichen Darstellungen auch sein mögen. Zur Beförderung zugelassen sind jedoch gewerbliche Sendungen unbesetzter Ansichtskarten und von Photographien der bezeichneten Art, deren Versendung der Reichskommission für Ausfuhr- und Einfuhrbewilligung zu genehmigen hat.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für den Verkehr mit den deutschen Kriegsgefangenen im Auslande. Für den Feldpostverkehr zwischen der Heimat und dem deutschen Heer, soweit es sich in Deutscherlingarn und den besetzten Gebieten befindet, gelten diese Bestimmungen nicht, wohl aber für den Feldpostverkehr nach dem übrigen verbündeten und neutralen Ausland und mit den Bewohnern Oesterreich-Ungarns und der besetzten Gebiete.

Postsendungen an Kriegsgefangene. Im Kriegsgefangenenverkehr mit der Ukraine sind fortan gewöhnliche offene Briefe und Postkarten zugelassen. — Das Höchstgewicht der Pakete ohne und mit Wertangabe an deutsche Kriegsgefangene und bürgerliche Gefangene in England und in britischen Lagern in Frankreich ist von 5 Kilogramm auf 7 Kilogramm erhöht worden.

Am Admiralsgarten wird Freitag „Die Hausfrau“ zum erstenmal vorgeführt.

Verhaftung zweier falscher Kriminalbeamter. Durch die Geistesgegenwart einer Frau ist in Rahnsdorf der Mähle die Festnahme zweier gemeingefährlicher Gauner gelungen. Bei einer dortigen Hausbesitzerin erschienen zwei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben und erklärten, im Auftrag des Kriegswiderstandes eine Hausdurchsuchung vornehmen zu müssen, da die Hausbesitzerin im Verdacht stehe, unerlaubte Schießwaffen vorgenommen zu haben. Die Weibchen durchsuchten denn auch sehr genau die ganzen Räume, auch Keller und Boden und als sie auf dem letzteren ein Sammelstück vorfanden, erklärten die angeblichen Beamten, die Frau verhaften und nach Berlin bringen zu müssen. Einer der Männer legte der Frau nahe, eine größere Summe baren Geldes mitzunehmen, um gegen deren Unterlegung vielleicht ihre Freilassung zu erwirken. Die Hausbesitzerin kaufte denn auch 5000 M. bar. Als die angeblichen Kriminalbeamten das Geld sahen, zogen sie sofort gelindere Saiten auf. Sie redeten der Frau vor, daß sie sich bemühen würden, ihre Freilassung nach der Vernehmung zu erwirken, und daß es zweckmäßig sei, wenn sie das Geld an sich nähmen. Die Weibchen gab dem auch das Geld her. Nun wollten die Pseudobeamten sich schleunigst entfernen, ohne die Formalitäten, die sie inzwischen in Szene zu setzen begonnen hatten, zu beenden. Diese Eile erregte den Verdacht der Hausbesitzerin. Sie bestand darauf, daß sie sofort dem Kriegswiderstande zugeführt würde und forderte die Rückgabe des Geldes. Als die angeblichen Beamten dies verweigerten und bald nach dem Verlassen des Hauses ihren „Häufchen“ im Stich zu lassen versuchten, schlug die Frau Lärm, wodurch mehrere Personen herbeigeklockt wurden, die die beiden Verdächtigen festhielten, bis sie durch den inzwischen hinzugerufenen Amtsvorsteher festgenommen werden konnten. In den Verhören wurden ein Berufshüter Käsewitter und der Former Ribbittel aus Berlin ermittelt.

Eine fünfjährige weibliche Diebsbande ist jetzt durch die Tätigkeit der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Es handelt sich um zwei Wädterinnen der Wad- und Schlichtengesellschaft und eine Mutter und deren zwei Töchter, die sämtlich in einem Hause in der Altstadt wohnen. Die fünf Frauen haben nach den bisherigen Feststellungen schon seit dem Winter eine ganze Reihe von Diebstählen teils gemeinsam, teils einzeln verübt und dabei ziemlich viele Lebensmittel, Wollen und Wäsche gestohlen. Zwei der Diebinnen waren als Wädterinnen der Wad- und Schlichtengesellschaft in Preußen und Baumschulenweg tätig und haben diesen Vertrauensposten dazu benutzt, auch in diesen Orten Diebstähle auszuführen.

Steine statt Fett. Durch einen geliebten Gauner ist ein Spanndauer Bürger sehr empfindlich geschädigt worden. Ein Bekannter, der nach Wommern fuhr, hatte einem Ebnauer Privatbeamten versprochen, allerlei Lebensmittel zu verschaffen. Schon nach einigen Tagen erhielt der Auftraggeber die Nachricht, die Sendung sei unterwegs. Bevor das Paket eintraf, erschien ein Mann, der sich als ein Bauer aus dem geeigneten Orte ausgab, aus dem das Lebensmittelpaket stammen sollte. Der Bauer, der einen biederen, vertrauensverdienenden Eindruck machte, erzählte, daß er auf Veranlassung des Freundes des Beamten eine ganze Menge Lebensmittel, Butter, Speck, Schinken, Speck und Eier mitgebracht habe, die Rüste habe er auf dem Bahnhof gelassen, weil sie so schwer sei. Der erregte Beamte bewies dem freundlichen Bauernmann reichlich mit Kuchen und Kaffee und dann machten sich beide nach dem Bahnhof auf. Gegen Ausbändigung der angeblichen „Butterliste“ erhielt der Bauer den geforderten Betrag, einige hundert Mark, außerdem noch 50 M. für die noch zu erwartende Postsendung, worauf sich das Bäuerlein empfahl. Die freudige Erwartung des Empfängers wurde jedoch schrecklich enttäuscht, statt des angeblich lederen Inhalts erhielt die Rüste — Bauersteine!

Wilmersdorf, Lebensmittel. Von Dienstag, den 30. Juli, bis Sonnabend, den 3. August, werden an diejenigen Einwohner, welche in die Speisefett-Kundenlisten der in den Bezirken der Brot-

kommissionen 1. bis 4b, 6b, 7 und 8 gelegenen Geschäfte eingetragen sind, je 100 Gramm Hausfette und Kommerzial Weichfette verteilt. Der Preis für 1 Pfund Hausfette wird auf 2,10 M., für 1 Pfund Weichfette auf 2,15 M. festgelegt. — Zum Bezuge von Fischwaren berechtigt von heute an außer dem Buchstaben O der Bezugskarte für Einzelpersonen (6. Ausgabe, grün) auch Buchstabe A der Bezugskarte für Einzelpersonen (8. Ausgabe, grau). Mit demselben Tage verliert Buchstabe G der grünen Bezugskarte für Einzelpersonen seine Gültigkeit.

Kreis Niederbarnim. Eröffnung einer Säuglingsfürsorgekassa. Der Kreis Niederbarnim eröffnet heute in Friedrichsfelde, Berliner Straße 79/80 auf begrenzte Zeit eine Säuglingsfürsorgekassa. Die von einem Arzt und einer Kreisfürsorgeerin geleiteten Sprechstunden, in denen unentgeltlich Rat erteilt wird, finden an jedem Montag und Donnerstag von 1 bis 2 Uhr statt.

Die Regelung des Verkehrs mit Stroh und Häcksel für das Erntejahr 1918 ist im Kreis Niederbarnim jetzt erfolgt. Die für die Pflichtablieferungen des Kreises bei den Stroherzeugern, zu denen naturgemäß auch die Pächter rechnen, in Anspruch genommenen Mengen werden den Lieferungsverpflichtigten durch die Ortsbehörde des Betriebes oder, wenn sie nicht im Kreis Niederbarnim ihren Betrieb haben, durch diejenige des Erzeugungsortes bekannt gegeben werden. Die Regelung ist in der Weise erfolgt, daß jeder Erzeuger aus seiner Ernte eine bestimmte, von vornherein genau begrenzte Menge für seinen im Kreis gehaltenen und bei der Mählung am 1. Juni 1918 festgestellten Viehbestand behalten kann, alles übrige dagegen nach den Befehlen des Kommunalverbandes, die ihm durch die Ortsbehörde zugehen, abzuliefern hat. Das Erntergebnis wird unter Zugrundelegung eines Durchschnittsertrages von 15 Zentner für den Morgen Roggen oder Weizen und 8 Zentner für den Morgen aller übrigen im Bezirk kommenden Fruchtarten ermittelt. Ist der Ertrag höher oder niedriger, so schätzen die Ortsbehörden das Ergebnis ab. Einwendungen gegen die Heranziehung, die lediglich mit zu hoher Feststellung des Erntergebnisses begründet werden können, müssen bei der Ortsbehörde angebracht werden, die sie an das Landratsamt weiterleitet. — Aus den zur Fortführung der eigenen Wirtschaft belassenen Strohresten kann der Landwirt an Orte selbst und mit Genehmigung der Ortsbehörde auch sonst innerhalb des Kreises Niederbarnim verkaufen. Die Erteilung solcher Genehmigung wird in der Regel von vorheriger Erfüllung der Pflichtablieferungen abhängig gemacht.

Mariendorf, Abgabe von Kleidungsstücken. Durch die Reichsbekleidungsstelle sind der Gemeinde für Männer: Werktagsoveralls, Hosen und Socken, für Frauen Strümpfe überwiesen worden. Die Waren sind für die Rinderbemittelten bestimmt, deren Höchstanzahl 8900 M. jährlich nicht übersteigt. Die Abgabe erfolgt nur an Personen, die ohne sie in Not geraten würden. Für die Beschaffung der Sachen ist es erforderlich, daß die Antragenden einen Bezugschein und einen Kaufberechtigungsschein besitzen. Die Bezugscheine werden in den zuständigen Bezugsstellen ausgestellt und die Kaufberechtigungsscheine im Polizeidienstgebäude, Rathausstr. 60/72, Zimmer 14, ausgegeben. Die Waren werden nur verkauft an Personen, die in Mariendorf wohnen. Der Verkauf der Bekleidungsgegenstände und Hosen findet statt bei R. Königsberger, Chausseestr. 29, Max Koch, Chausseestr. 57, Der Verkauf der Strümpfe bei: Bahrdt, Kurfürststr. 78, Dreves, Rantower Str. 28, Doppermann, Dorststr. 2, Hannus, Südende, Steglitzer Str. 15.

Lebensmittel. Für die Woche vom 29. Juli bis 4. August dürfen zunächst nur auf die Doppelabnahme 31a, b, c und d der Kartoffelkarte je 1 Mnd., zusammen also 4 Mnd. Kartoffeln abgegeben werden. Falls die Zufuhr es zuläßt, werden auch auf die weiteren Abnahme 31e bis 31h abgegeben. Bezugsberechtigte, die für letztere Abnahme keine Kartoffeln erhalten, können als Ersatz für jedes Pfund Kartoffeln 100 Gramm Hülsenfrüchte beziehen. Der Preis für 100 Gramm Hülsenfrüchte beträgt 15 Pf. Die Ausgabe der Hülsenfrüchte beginnt am Freitag, den 2. August. — Der Verkauf von Knochenbrühen findet statt im Gemeindefeld, Südende, Steglitzer Str. 24, und Mariendorf, Chausseestr. 87 und 288. Auf jede Lebensmittelkarte wird ein Viertel zum Preise von 1/2 M. abgegeben. — Außerdem findet der Verkauf der angemeldeten Suppen, Gerichten und Teigwaren statt; Wochentage 40, 41 und 42 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 15 und 16 der jugendlichen. Für die bis zum Sonnabend, den 10. August, nicht eingelösten Abnahme 31e bis 31h wird der Bezugsrecht.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Familienausflug Sonntag, den 4. nach Freibad Rahnsdorf. Teilnehmer erhalten freien Eintritt gegen Abgabe einer Teilnahmeurkunde, welche vom Vorstehenden erteilt wird. Treffpunkt morgens 9 Uhr im Hauptort Rahnsdorf. Treffzeitpunkt um 10 Uhr, Abmarsch nach dem Freibad. Nachmittags 3 Uhr Kaffeepausen in der Rahnsdorfer Wähe, nachher Spiele im Walde. Die Mitglieder und Familienmitglieder werden ersucht, sich daran zu beteiligen. Sonntag, den 5. abends 8 1/2 Uhr: Hebung der Königsgräber Nr. 2. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Aus aller Welt.

Aufgedeckte Niesenschiebungen.

Hannover, 30. Juli. Hier sind von der Kriminalpolizei große Schleichhandelsangelegenheiten aufgedeckt worden, an denen, soweit bis jetzt bekannt ist, vierundzwanzig Personen beteiligt sind. Die Schieber handelten mit allen möglichen Dingen, u. a. mit Saccharin, Zinn, Säuren, Gummiringen, Öl, Seife, Jod, Salvarsan und Opium. Die an dem verbotenen Handel Beteiligten waren Kaufleute, Militärbesitzer, Soldaten und Frauen. Ein großes Lager von Waren, die der Verfolgung bezug, dem Verbot unterliegen, wurde vorgefunden. Unter den Waren befanden sich viele Rohstoffe, namentlich gefälschtes Saccharin, das wahrscheinlich betrugsweise diesen sollte.

Die Cholera in Rußland.

Kowno (B. L. M.), 30. Juli. Die Zahl der Choleraerkrankungen in Petersburg nimmt noch dauernd zu. Die die Polisch-Litauischen Mitteilungen der „Kow. Petr. Gasete“ entnehmen, wurden am 20. Juli 170 Fälle, am folgenden Tage 209 Fälle registriert.

Stein, 31. Juli. Im benachbarten Jaborge wurde in der katholischen Kirche ein Einbruch verübt. Die Diebe stahlen die goldene Konzeze sowie zwei Kelche und entnahmen mit ihrer Beute.

Waldbrand in Frankreich, Vern, 30. Juli. „Progres de Lyon“ meldet aus Nizza, daß die Wälder der Monts d'Estrel an verschiedenen Punkten brennen. Zehntausend Hektar sind bereits abgebrannt. Zur Bewältigung des Niesensbrandes wurde Militär herangezogen, ohne bisher den Brand einzämmen zu können. Das Feuer hat sich mit Riesengeschwindigkeit verbreitet. Die Verbindungen von Nizza mit Paris und Marseille waren stundenlang unterbrochen.

Der 106jährige „Hochverleter“. Die „Groszer Tagespost“ meldet: Im Irrenhause zu Seebach ist dieser Tage ein Greis im Alter von 106 Jahren gestorben. Der aus der Koche di Cattaro gebürtige Mann, dessen Sohn zu Beginn des Krieges krankehaft eingewickelt worden war, soll eine „hochverleterische Krankheit“ erkrankt haben. Demals, als er 103 Jahre alt war, wurde er um Lohde durch den Strang verurteilt, doch wurde ihm die Todesstrafe nachgelassen und in eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe umgewandelt. Er wurde irrsinnig und brachte seine letzten Tage im Irrenhause zu Spalato zu.

Eingegangene Druckschriften.

- Die angeführten Bücher sind durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin E. B. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.
- Wephistopheles, Stralderberg und der Krieg. Von Paul Dujfen. 3,75 M. Verlag Knorr und Hant, Hamburg 8.
 - Das goldene Buch vom deutschen Geiste. Von R. v. Reumer. Verlagsanstalt Carl Albert, Wiesbaden. Geb. 2,50 M., gebd. 3,50 M.
 - Die bulgarische Nation und der Weltkrieg. Gesammelte Aufsätze von Dr. J. Georgov. Verlag A. Holmann u. Co., Berlin.
 - Des Kriegers Weg zum eigenen Heim. Von Max Beck. 75 Pf. + 40 Proz. Teuerungszuschlag. Poeschlmann-Verlagsbuchhandlung m. b. H., Wiesbaden.
 - Deutsche Auswanderer über Ausland und den Volkswirtschaft. 40 Pf. Georg Müller, Berlin NW 7, Dortheenstr. 69/71.
 - Das Ausland entflohen, in Rumänien gefangen. Von Wolfgang Müller. König-Rudolf-Verlag, Karlsruhe. 2,40 M.
 - Der Geist der Welt. Von A. Halber. Verlag Gustav Hüttig u. Sohn, Leipzig.
 - Der deutsche Export nach dem Friedensschluß. Von Adw. 90 Pf. Otto Hiltmann Verlag, Leipzig.
 - Von Kriegen und Kriegen. Wanderschaften. Von Max Koch. 3 M. Kähler u. Cie., Verlag, Zürich.
 - Soziale Wohnungsreform. Von Georg Deher. Pustkammer u. Pustkammer, Berlin W 50, Französischestr. 22.
 - Bilder aus dem Gefangenenlager Knodolow in England. Von R. Hartmann. Evang. Blätterverlag für Kriegsgefangene Deutsche, Kassel a. d. Lahn.
 - Die Wehrtauglichen, die Volksgesundheit und das arbeitende Volk. Von Ernst Reihl. 50 Pf. Verlag Deutscher Arbeiter-Abteilungsverband. Gau 8. Niepferfeld, Schleichweg 75.
 - Der Hof des Patriarchen und andere Erzählungen. Von Hans Heinrich Ehrler, Straßer u. Schröder, Verlagsbuchhandlung Zentgraf. Geb. 3,50 M., gebd. 5 M.
 - Neue Reclam-Bücher: Nr. 5983: Rudolf Lothar, Die Wehrtauglichkeit. Geb. 40 Pf. — Nr. 5984: Kriegsnotizen. 40 Pf. — Nr. 5985, 5986: Gullas Kähler von Dr. Arthur Reher. Geb. 80 Pf. — 5987: Bekannte Kriminalfälle. Bd. XII, Manolescu, der Fürst der Diebe, bearbeitet von Hermann Bilg. Geb. 40 Pf. — Nr. 5988-5990: Kriegsgeschichte des Deutschen Reiches. 3. Heft. Geb. 1,20 M., geb. 1,50 M. — Sämtlich in Verlagshandlung Philipp Reclam jun., Leipzig.
 - Peter Lorenz. Von Gustav Schäfer. — Festschrift u. Becker Verlag, Leipzig.
 - Die Schuchart. Von Dr. Franz Schulte-Dege. 3 M. — Pustkammer u. Pustkammer, Berlin W 56, Französischestr. 22.
 - Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen. Heft 51: Das Staatsvermögen des Deutschen Reichs und der Bundesstaaten. Von Dr. F. M. K. Zimmermann. 5 M. — Heft 52: Unbeschränkte gegen beschränkte Reichsbesetzung (Beispiel). Von F. Linsen. 1 M. — Verlag von Ferdinand Schöner, Stuttgart.
 - Die Erhaltung und Wehrung der deutschen Volkskraft. 5 M. — J. F. Lehmanns Verlag, München.
 - Kriegsgefangenenland in Frankreich. Von August Gehlinger. 1,20 M. — Straßburger Drucker- und Verlagsanstalt verm. R. Schulz u. Co., Straßburg i. E.
 - Das zweite Leben. Von Ernst Jahn. Geb. 4 M., geb. 5,50 M. — Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Redaktr. 121-123.
 - Alte und neue Kaiserhöfe. Von Prof. Dr. Paul Kndt. — Verlag Dietrich Reimer (Ernst Grieben), Berlin.
 - Im stillen Winkel. Von G. v. Keyserling. 1 M. und 35 Pf. Teuerungszuschlag. — S. Hüffer Verlag, Berlin W 57, Schönstr. 90.
 - Frühjahrsweiden. Von Chr. K. Kümmer. Geb. 1,50 M. — Wildgemaine Wildfrüchte, Wildsee. Von Eugen Gramberg. Geb. 1,20 M. — Beide im Verlag von Curtze u. Weyher in Leipzig.
 - Der Leinwand von Tula. Von Hans Grimm. — Die lebenden Wälder. Von Jauer Kappus. — Beide im Verlag von Ullstein u. Co., Berlin SW 68.
 - Lebensführung. Von A. Heinen. Kart. 1 M., Gebirgsband 2 M. — Das häusliche Glück. 1 M. — Volkvereins-Verlag, G. m. b. H., R. Glöckner.
 - Deutschlands weltgeschichtliche Mission und die deutsche Sozialdemokratie. Von Max Kaob. Geb. 1,20 M. — Karl Curtius Verlag, Berlin W 35, Dortheenstr. 20.
 - Friedrich Naumann, Reichsgesandte über den Weg zum Frieden. 0,15 M. — Fortschritt (Bücherei der „Hilfe“) G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.
 - Zeitschrift für alle. Technik und Industrie, Monatschrift. Vierteljährlich 1,45. Heft 1-3. — Franzische Verlagshandlung, Stuttgart.
 - Der Krieg 1914/18 in Wort und Bild. Wochenchrift. Nr. 187 bis 190. Preis je 0,40 M. — Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W 57.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Briefchen und eine Post als Beleg beizufügen. Briefchen ohne Inhalt wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnennenscheinung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

- Wiederholung N. 8. 1. Zur Zahlung der Krankenkassenkosten nach Ablauf der Leistungen durch die Krankenkasse und Sie nun verpflichtet. 2. Die Invalidität tritt nicht dafür ein. 3. Nein, Sie muß mindestens 200 Mark netto haben. 4. Wenn Sie zur Zahlung nicht instande sind, ja. 5. Ja. 6. Das wird die hiesige Gemeinde nicht zulassen. — Jakob. — Kreis. Sie müßten sich dann an den nächsten Vorgesetzten wenden. — P. 29. 100. 1. Ja. 2. An das Generalkommando. 3. Wenn Sie jetzt 3 M. sind, hat das Gehalt noch Aussicht auf Erfolg. — W. 2. 29. 284. Reichen Sie Beschwerde an dem Dienstwege bei dem nächsten Vorgesetzten ein. — Neuburger. Sie sind zur Rückzahlung von Unterhaltungsgebühren für eine Zeit von 18 Jahren nicht verpflichtet, zumal Sie nach Ihren Angaben dieser Verpflichtung schon nachgegeben sind. — G. 2. 48. Sie können nicht logisch einen Antrag auf einmalige Abfindung stellen. Eine solche wird überhaupt nur gewährt bei Renten bis zu 20 Proz. Sie müssen zunächst bei der Berufsgegenwart die Erteilung eines Rentenbescheides verlangen. — Arn. 777. Die Adresse des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte und ehem. Kriegsteilnehmer ist Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Wenden Sie sich dort. — St. 49. 50. Die Aushebung der Unterführung verlangt das Gericht nicht. Da die Frau als allein schuldig erklärt wurde, wird ihr die Unterführung entzogen. Sie können, wenn Sie wollen, der Steuerlast davon Mitteilung machen. — Marthe G. Ihre Mutter hat durch die Verheiratung die Staatsangehörigkeit des Mannes erlangen. Sie selbst als uneheliches Kind, haben aber die Staatsangehörigkeit der Mutter. Nach Ihrem Antrag auf Entlassung aus dem deutschen Heeresdienst werden Sie sicher zum österreichischen Militärdienst sofort eingezogen. — Wtr. 7. N. III. Ein solches Oberverbot wird im Scheidungsartikel ausgesprochen. — Wand. 101. Wenn die Reichsstraße über 6 Monate beträgt, fällt die Unterführung weg. Auf Antrag wird aber durch die Kriegsgegenwart Unterführung weitergezahlt. — G. 2. 25. Sie können wegen der Kriegsgeldscheine, wenn Sie es für nötig halten, Klage erheben. — P. G. 50. 1. Wenn durch ärztliche Untersuchung der Radmeis erreicht werden kann, daß Sie sich die Krankheit im Militärdienst zugezogen haben, können Sie Anspruch auf Rente erheben. 2. Beim Bezirkskomitee. 3. Nein. 4. Im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt, Köpenicker Brück. — W. 366. 1. Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß die Kündigung bis 12 Uhr mittags eingehen muß. Sie ist auch später zulässig. Sie muß allerdings an denjenigen erfolgen, der den Vertrag unterzeichnet hat. 2. Kriegsgefangene deutscher Frauen, Potsdam, Neuer Garten. — St. 6. 1. und 2. Ja.

Wasserstandsnotizen der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	29.	30.	Wasserstand am	29.	30.		
Remel	114	115	Zaale	Gröblich	49	44	
Bregel	Unterburg	—	Havel	Spandau	30	34	
Bregel	Thorn	—	Havel	Rahnsdorf	—	—	
Oder	Rathor	418	492	Spree	Sprenbürg	71	78
	Stroßen	78	56		Kerchdorf	200	194
	Kranfurt	70	—	Weser	Münden	124	112
Warthe	Schrum	—	—		Minden	178	174
Neße	Landsberg	15	—	Rhein	Worms	452	—
Gibe	Waldam	—	—		Gand	208	—
	Wilmersdorf	—	—		Ein	182	—
	Dresden	—	159	Neckar	Heilbrunn	40	—
	Berlin	25	25	Wain	Hannau	94	—
	Wagzburg	30	35	Weser	Teier	14	—

Hochwasserstand in Rathor am 30. 7. 18: 532 cm.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Kühl, gelinde heiter, jedoch überwiegend bewölkt, sp. l. der Oder noch öfter leichte Regenschläge.

Vive Jaurès!

Vier Jahre Trübsal und Schlamm sind über die Erde gestossen, und die ferne Vorzeit des Friedens ist versunken und vergessen wie ein weiter tiefer Traum...

Ein Maienitag in Paris. Der Kampf um die dreifährige Dienstzeit ist aufs äußerste entbrannt. Jaurès streitet wie ein Löwe, in der Kammer, in der „Humanité“, in Versammlungen...

Ein heißer Tag. Wohl 300 000 Menschen mögen sich trotz des glühenden Sonnenbrandes auf den Festungswällen versammelt haben...

Plötzlich geht ein elektrischer Funke durch das Menschenfeld. Koch an den Festungsmauern, wo die Stadt anfängt und heute Kavallerie aufgestellt ist...

Auf einem Wagen ist er gelandet, von dem er sprechen soll. Vor ihm redet Doktor Brücklein aus Vorn — dessen weiche Leder- mähne leuchtet weißlich — für den Völkerriesen, gegen den Krieg...

Um neun Uhr bringen die letzten Tausende den Volkstrübungen im Triumph nach Paris. Er reitet sich in der Bürgermeisterei eines Außenbezirks...

Pressensüß und Boillant sind tot. Jaurès ermordet! Rehn- taufende, die ihm zugejubelt, saulen in der Champagne, im Elaf,

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Baum war etwas verlegen und steif. Aber die Alte emp- fing ihn mit großer Herzlichkeit und stellte ihn Verta vor, die auf den Schall der Glocke hereingekommen war...

Man lud ihn herzlich zum Tee ein, er bedankte sich aber. „Ich war bei Trawinski zum Abendessen, unterwegs kam ich auf einen Sprung zu Max, geschäftlich, und muß gleich wieder gehen...“

Er nahm an, und bald zwang er sie, glänzend gekant, alle in seinen Mann. Er war so liebenswürdig, so höflich und elegant, daß nach zwanzig Minuten alle von ihm bezaubert waren...

Die Kinder sahen beim Großpapa und untersuchten ihre Spielzeugen. Josef Jaskulski begann laut vorzulesen, wie er es gewöhnlich jeden Abend tat. Die Mutter strickte, Verta hörte zu und ließ ihre Blicke jeden Augenblick ins Neben- zimmer schweifen...

„Großpapa, tut der Puppe der Fuß nicht weh?“ fragten die Mädchen, die die Puppen in ihre Bestandteile zerlegten. „Nein, tut nicht weh,“ erwiderte er, die hellen, lodigen Röspchen streichelnd.

„Großpapa, tut der Puppe das Köpfchen nicht weh?“ fragten sie, den Kopf der Puppe gegen den Boden schlagend. „Das Köpfchen lebt ja nicht. Wanda ist dumm.“

Die Kinder verstummten. Bloß Josefs Stimme klang durch den Raum, von Frau Augustas Senfser unterbrochen und den Ausrufen Vertas, die der Roman so rührte, daß sie leise zu weinen anfing und anhaltend seufzte.

„Eine wunderbar angenehme Stimmung herrscht hier; gut hat man's bei euch,“ küßte Karl.

an der Somme, in Flandern. Dr. Brücklein sitzt wegen Hochverrats im Gefängnis.

Wie aus Vinea, der versunkenen Stadt, klingt es in unseren Ohren: „Vive Jaurès!“ Er wird aufgeführt an einem Maienitag mit der Internationale des Proletariats.

Jacob Altmair.

Aus der Physik des Millionstel-Zentimeters.

Verlegt man einen Stoff in kleine Teilchen und diese weiter in immer kleinere, so wird die Teilung immer schwieriger und erreicht, je nach der Art des angewandten Werkzeuges, früher oder später eine Grenze. Physik und Chemie nehmen an, daß die kleinsten Teilchen, aus denen die Stoffe bestehen, noch weit kleiner seien als die wirklich herstellbaren...

Nach menschlichen Ermessen ist es ausgeschlossen, daß der Physiker oder Chemiker jemals so winzige Stoffteilchen herstellen wird. Allein einem Wiener Physiker, F. Ehrenhaft, ist es gelungen, Stoffteilchen herzustellen, die nur noch fünfzig bis hundertmal so groß sind wie die Bausteine, aus denen die Wissenschaft sich die Stoffe der Umwelt aufgebaut denkt...

Deutsches Theater: „Der fiesche Rudi“.

(Sommergastspiel.)

Es ist schwer denkbar, daß sich die Verfasser dieses Schwankes (Hörst und Engel) über die komplette Kuchschloßigkeit ihres

Er streckte sich im Fauteuil aus und blickte mit Vergnügen auf die ganze Familie, die im Eßzimmer versammelt war.

„Einmal im Jahr sehr schön; aber nicht öfters.“

„Das ist schon viel, einen Tag im Jahr zu haben, an dem man die Geschäfte der ganzen Welt vergessen kann, alle Lebenssorgen, und sich vom Familienglück umgeben fühlen kann.“

„Du heiratest ja, dann wirst du das Glück genießen können bis zum Absehn.“

„Weißt du, ich werde doch paar Tage aufs Land fahren, nach Hause.“

„Zur Braut?“

„Das ist dasselbe, weil Anka bei meinem Vater wohnt.“

„Ich möchte sie kennen lernen.“

„Ich fahr' dich mal hin, wenn auch nur für paar Stunden.“

„Warum nur für paar Stunden?“

„Weil du's länger nicht aushalten würdest, würdest sterben vor Langeweile. Ach, ist es da langweilig, grau, leer, hast ja keine Ahnung. Wäre Anka nicht da, würde ich's keine zwei Stunden im Hause meiner Väter aushalten.“

„Und dein Vater?“

„Mein Vater, das ist der mumifizierte Adelstand aus den Zeiten der Demokratie. Ein verbissener Demokrat sogar, aber ein adliger Demokrat, wie unsere ganze Demokratie. Ein sehr interessanter Typ.“ Karl verstummte und lächelte spöttlich, aber seine Augen schimmernten feucht vor Mürhung. Er liebte seinen Vater aus ganzer Seele.

„Wann fährst du hin?“

„Sobald North zurück ist, ja wenn nur schon Knoll wieder da ist. Neut hat man nach ihm telegraphiert. Duschholz ist sehr krank, das alte Herzleiden tritt wieder auf. In meiner Gegenwart hatte er einen so furchterlichen Anfall, daß man ihn kaum retten konnte, was ihn übrigens nicht hinderte, als er wieder zu sich kam, mich in so angenehmer Form zu beschimpfen, daß ich ihm kündigen mußte.“

„So ruhig sprichst du davon?“ schrie Max, als er sah, daß Karl sich erhob und sich die gehäkelten, rotengelben Decken anjah, auf denen die Lampen und die Leuchter standen.

„Früher oder später hätte ich's doch tun müssen. Ich habe nur die ausgezeichnete Gelegenheit ergriffen, weil mein Vertrag nämlich erst im Oktober abläuft.“

„Das heißt also, du hattest mal Gelegenheit, die Bruta- wödre.“

Stückes, es aus eigenen Mittel auf der Bühne zu einem Erfolg zu bringen, getäuscht haben sollten. Das in dem Genre übliche Niveau kaltsinnigen Unsinns wird hier noch überboten. Die Rechnung kann nur die gewesen sein: P a l l e n d e r g., dem großen Komiker und Liebling des Publikums, das er mit einem bloßen Augenzwinkern, einer einzigen Geste, einem Umschlagen der Stimme zu stürmischen Gelächter fortzureißen vermag, Gelegenheit zu der Entfaltung seiner Virtuositäten im Rahmen eines Nichts zu bieten. Und diese Rechnung dürfte sich ja lukrativ erweisen. Die Heiterkeit, die der Schauspieler, mit den billig-plumpen Handhaben der Erfindung als Kritik jonglierend, erzielt, war kaum geringer als der, den ihm sein berühmter Schimed geradezu eintrug. Ein Erfolg, der, bei aller Achtung vor der Erarbeitung, dem Geschnad des jede Foffenheit dankbar mitheerunterstühenden Publikums ein sonderliches Zeugnis ausstelt.

Pallenberg, der Spezialist griechräumiger Verdrossenheit zur Abwechslung in der Rolle eines alten Schwerenönders agierend — das war der Trumpf, auf den die Autoren zählten. Um die Speise- sarte der Genüsse zu vermehren, lotte er sich obenbrein im ersten Akt als eingebildeter Kranker vorzustellen. Schade, daß man den reichen Strom von drolligen mimischen Nuancen nicht wie im Kino ohne textliche Belastung sehen konnte. Den Gipfel erreichte Pallenberg's groteske Charakterisierungskunst, wo der Alte, der Vollenheld des Stückes, als Wiedermann über elende Streberlein moralisierend, nach seiner Beförderung berauscht in eine Art von bürokratischen Casarenwahnsinn fällt.

Die Tomatenkartoffel.

Tomaten und Kartoffeln von einer Pflanze zu ernten, dies Wunder der Natur oder vielmehr der Unnatur hat nach einer Mitteilung der „Umschau“ eine Gärtnerei in der Umgebung Berlin verwirklicht. Eine Kartoffel, die im April in einen Topf gepflanzt war und dann im Gewächshaus bis 10 Zentimeter Höhe getrieben hatte, wurde an ihrem stärksten Triebe mit einer Tomatenpflanze gepflanzt. Das Gewächs wurde dann im Laufe eines Monats durch allmähliche Abhärtung zur Verpflanzung ins Freie vorbereitet. Die beiden Triebe wuchsen dann gemeinsam. Sie verlangten nur einen reichen, lockeren und warmen Boden, hinreichende Besonnung und eine geeignete Behandlung, wie sie sonst jeder einzelnen Pflanze zuteil wird. Von 18 dergleichen Gewächsen wurden im ganzen 42 Pfund Tomaten und 25 Pfund Kartoffeln geerntet. Die Sache ist übrigens nicht ganz so erbaulich, wie sie dem Laien erscheinen mag, da Kartoffel und Tomate zur gleichen Pflanzengattung Solanum gehören.

Hoffen.

— Gräfin und Bohemienne. In Locarno am Lago Maggiore ist die Gräfin F. zu Reventillo gestorben, eine in der jungen Literaturwelt Münchens wohlbekannte Erscheinung. Ihr angekommenes Wissen des allen Hölleiner Gedächtnis, ihre eingeeingte Jugend und ihre Schminke ins freie Leben hat sie in ihrem ersten (und besten) Roman „Ellen Oestjerne“ veranschaulicht. Frei geworden, hat sie dann in München ihr Leben auf eigene freie Weise, ohne Rücksicht auf Herkunft und Herkunft geübt. Jammer auf die eigene Note und die Haltung der Eigenverantwortlichkeit bedacht. Von der Ironie der Hebersehung aus dem Französischen hat sie sich durch sehr viele, leichtschwingige Bücher erholt. Thema: Münchener Bohemienne und Liebesabenteuer — die Form: amüsiertes Eigengewächs. Ihre eigene halbe Mißere hat sie in amüsiertes Weise in „Gedächtnis“ parodiert. Wer- würdig, wie aus dem gleichen Stamme feinsie, freiesie Kultur und imperialistische Draufgängerie entspringen können: ihr Bruder ist E. R. von der bekannten Couleur.

Im Café Stephanie in München hat die übermütige Gräfin mande lustigen Streiche ausbeden helfen. Ihr schönster aber war, als sie, die Gräfin, in einem Frauenbuch, das Bilder und Unter- schriften von Zeitgenossinnen sammelte, als torpente Mißfrau mit entsprechender Handschrift aufstauete. Sie hatte einfach das Bild ihrer Mißfrau eingeklebt und zur Erläuterung beigelegt, daß das Bild der Schriftstellerin sie zu diesem nahrhafteren Leben- beruf nötige. . . .

— In der freien Szegeßion sind als zweite Gemälde- sammlung des neutralen Auslandes jetzt Werke holländischer Künstler ausgestellt: G. D. Breimer, Isaac Israels, Floris Verster, J. Toorop, J. Thorn-Prifker, A. von Konijnenburg, B. van der Lee und R. Mondriaan.

litäten mit Empörung und deiner Demission als Zugabe zu beantworten.“

Karl laachte auf, ging im Zimmer herum und sah sich die Kreideporträts an, die in Reihen an den Wänden hingen.

„Die ganze Lebensweisheit beruht eben darauf, daß man sich zur richtigen Zeit empört, zur richtigen Zeit lacht, amüsiert, sich ärgert und arbeitet, ja, sich sogar zur richtigen Zeit von Geschäften zurückzieht. Was sind das für Porträts?“

„Das ist unsere Familienmenagerie. Ich begreife wohl den Wert von dem, was du sagst, aber ich habe es nie verstanden, diesen Augenblick zu erfassen, nie kommt ich mich ihm anpassen, immer reißt er mich mit.“

Karl las laut einen Bibelzpruch, der mit roter Seide auf Stramin gestickt war und in einem Eichenrahmen zwischen den Fenstern hing.

„Ach, du ließt diese heiligen protestantischen Maximen. Nach alter deutscher Sitte hat man es gestickt und hingehängt.“

„Weißt du, das gefällt mir, diese Bibelzprüche geben dem Haus einen originellen Aufstrich.“

„Fast recht. Trawinski war bei uns.“

„Ich weiß es, ich komm' nämlich grad' von ihm, dem Alter hat ihm geholfen.“

„Ich habe es geahnt, er sprach nämlich nichts mit mir, mied meinen Blick. Weißt du nicht, wie hoch?“

„Zehntausend.“

„Weißt du! Diese deutschen Sentimentalitäten!“ schimpfte Max leise.

„Das Geld ist sicher,“ beruhigte ihn Karl.

„Ich weiß es, dieser Trawinski, der Idiot, wäre ja nicht fähig, zehn Groschen unanständig zu verdienen. Aber es geht mir darum, daß der Alte allen hilft, an die er nur glaubt, und daß selbstverständlich alle ihn ausnützen. Die Fabrik kann kaum noch atmen, alle Lager sind mit fertiger Ware so vollgestopft, daß man nirgend mehr was hintun kann; wie die Saison sein wird, weiß man auch nicht, und da leistet er sich freundschaftliche Philanthropie, rettet andere.“

„Das stimmt, den Trawinski hat er gerettet.“

„Aber sich richtet er zugrunde, mich richtet er zugrunde.“

„Tröste dich, dafür hast du den anständigsten Menschen in Lodz zum Vater.“

„Spotte nicht, ich hätte es lieber, wenn er bissel klüger wäre.“

(Fortf. folgt.)

1. August.

Der Schweizer Major Lanner schreibt uns:
Am 1. August 1291 verarmten sich die Vertreter der Landleute des Tales Uri, der Gemeinde des Tales von Schwyz und der Gemeinden der Landleute des unteren Tales von Unterwalden, in Betracht der bösen Zeit, auf daß sie sich und das Ihrige besser zu schützen vermögen... gelte es Personen oder Sachen... gegen alle und einen jeden... erneuerten und stärkten den uralten Bund mit heiligem Eide... gelobten, niemals einen fremden oder bezahlten Richter anzunehmen... und drückten unter dem Namen des Herrn und in ihrem Auftrage und Sinne von einem schreibkundigen Vassen verfaßte Wort des ältesten Bundesbriefs die Siegel von Uri, Schwyz und Unterwalden. Sollte unter eint oder andern der Verbündeten ein Verwürfnis entstehen, so sollen die Einsichtigeren aus den Verbündeten zusammen-treten, um den Streit zwischen den Parteien gütlich beizulegen, so wie es ihnen am zuträglichsten scheinen mag, und welche Partei ihrem Spruche sich nicht fügen wollte, gegen die sollen die übrigen Verbündeten sich stellen („wider den sul ent die andern zemengetworne alle sin“). Im selben Jahre verbündeten sich die Urkantone gegen außen mit dem Rat und den gesamten Bürgern von Zürich. Wenn einer in ihr Land wollte fahren, dem sollen und wollen sie es wehren mit aller Macht; und wenn sie es nicht verwehren möchten, so wolle sie ihn dessentwillen (an seinen Verfügungen) angreifen mit Raub, mit Brand und mit allem, was sie hierfür zu tun vermögen.

Sechshundertsebenundzwanzig Jahre sind seither in die Geschichte geflossen. Starb mit den alten Eidgenossen auch der Geist des Rätlichwurs? Weht nicht vielmehr Sühnlust auch durch unsere Zeit?

Aus den drei Urkantonen ist ein Völkerstaat von fünfundzwanzig Ständen geworden, mehrfältig in Rasse und Religion, vielartig in Sprache und Dialekt, einzig im Heimatgefühl. Die Brösten aller Länder haben sie besungen in Farbe, Wort und Ton, die schöne freie Schweiz. Des Deutschen und des Lateiners Teil sind gleicherweise Weltgut. Kein Land der Erde, in dem sich keiner nach einer idealen Schweiz sehnte.

Tropdem beherrschte uns das zwanzigste Jahrhundert die Ungeheuerlichkeit eines Weltkriegs. Keiner hat ihn allein verschuldet, niemand ist unschuldig an ihm. Am 1. August, wann die ganze Menschheit mit der Schweiz den Freiheitsbrief der Alpenjöhne feiern sollte, jähet sich zum fünften Male der Schredensstag, an dem die Furien ihr wüstes Kriegsgeschrei rund um den Erdball trugen. Europa ist verarmt an körperlichen und seelischen Gütern. Krank bis in die Knochen. Längst sind sie sich der unheimlichen Wahrheit bewußt, die Streitenden unseres Weltteils. Alle möchten sie umkehren auf dem glitschigen Pfad am Rande des Verderbens. Jedoch keiner vermag es mehr allein, jeder ist zu schwach dazu; und so erraffen sie ihre letzten Kräfte, um wenigstens dem Feind noch möglichst zu schaden. Sie spähen hinüber nach dem Land Neutralien, ob kein Wunder geschehe, und rufen die entferntesten Völker um Hilfe an. Aber die Schweiz ist winzig klein geblieben. Zu den fünfundzwanzig ist schon sehr lange kein neuer gekommen. Und die Helfer in West und Ost sind des Zauberlehrlings unerwünscht waltende Geister.

Wäre es nicht hoch an der Zeit und für Europa verdienstlich, an diesem 1. August zu einem allgemeinen pater peccavi anzutreten? Oder soll Europa ganz in Feyer gehen? Schon hat sich die Neue Welt rings um die Alte eingemischt und verankert. Immer enger zieht sie die Schlingen. Hat Europa noch zu wählen? Ist es nicht äußerst dringend, den nutzlosen inneren Hader zu begraben, Hand in Hand zum Rütli zu wollen und mit heiligem Eide sich zu verbünden, „in Betracht der bösen Zeit, auf daß sie sich und das Ihrige besser zu schützen vermögen, gelte es Personen oder Sachen, gegen alle und einen jeden“, zu geloben, innere Verwürfnisse gütlich beizulegen, als Zusammengeschworene gegen die Partei, die sich ihrem Spruche nicht fügen wollte?

Die bisherigen Gewaltmittel verlierten. Sie bilden keine Grundlage für wahren Frieden. Dafür stärken sie die gemeinsamen Feinde in Ost und West.

Völker Europas, gedenket der alten Eidgenossen am 1. August! Wie ihnen werden sich Eurem Bund zahlreiche andere anschließen und Eure Stärke wird den ewigen Frieden sichern.

Eine Sondernummer des Armeereordnungsblattes veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß an Heer und Flotte, worin es heißt:

„Ihr steht mitten im schwersten Kampf. Bergweisse Krafteinwirkung des Feindes wird wie bisher an Eurer Tapferkeit zunichte. Des bin ich sicher und mit mir das ganze Vaterland. Uns sprechen nicht amerikanische Heere, nicht schlesische Uebermacht, es ist der Geist, der die Entscheidung bringt. Das lehrt die preussische und deutsche Geschichte, das lehrt der bisherige Verlauf des Feldzuges.“

In treuer Kameradschaft mit Weinem Heere steht Meiner Mars in unerschütterlichem Siegeswillen im Kampfe mit dem vielfach überlegenen Gegner. Den vereinten Anstrengungen der größten Seemächte der Welt zum Trost führen Meiner Unterseeboote zäh und des Erfolges gewiß den Angriff gegen die dem Feind über die See zu führende Kampf- und Lebenskraft.

Zurückdrängen von der Sorge für die Brüder im Felde stellt die Durchführung dabei ihre ganze Kraft in entscheidungsvoller Hingabe in den Dienst unserer großen Sache.

Wir müssen und werden weiterkämpfen, bis der Vernichtungswille des Feindes gebrochen ist. Wir werden dafür jedes Opfer bringen und jede Krafteinwirkung vollführen. In diesem Geiste hat Heer und Flotte unzerstörlich verknüpft. Ihr einmütiges Zusammengehen, ihr unbegrenzter Wille wird den Sieg im Kampfe für Deutschlands Freiheit bringen. Das wolle Gott.“

Herner wird folgender kaiserlicher Aufruf „An das deutsche Volk!“ veröffentlicht, den wir als geschichtliches Dokument wiedergeben:

Vier Jahre schweren Kampfes sind dahingegangen, ewig denkwürdiger Tagen voll. Für alle Zeiten ist ein Beispiel gegeben, was ein Volk vermag, das für die gerechteste Sache, für die Behauptung seines Daseins, im Felde steht. Dankbar die göttliche Hand wehrend, die gnädig über Deutschland wolkte, dürfen wir stolz bekennen, daß wir nicht ummeist der gewaltigen Aufgabe erfunden wurden, vor die uns die Fortsetzung gestellt hat. Wenn unserer Völk in seinem Kampfe Führer, zum höchsten Vollbringen befähigt, gegeben waren, so hat es täglich in Treue bewahrt, daß es verdiente, solche Führer zu haben. Wie hätte die Wehrmacht draußen ihre gewaltigen Taten verrichten können, wenn nicht dabei die gesamte Arbeit auf das Höchstmaß persönlicher Leistung eingestellt worden wäre? Dort

gehört allen, die unter schwierigsten Verhältnissen an den Aufgaben insbesondere unserer treuen unermüdeten Beamtenschaft, Dank dem Landmann wie dem Städter, Dank auch den Frauen, auf denen so viel in dieser Kriegszeit lastet.

Das fünfte Kriegsjahr,

das heute heraufsteigt, wird dem deutschen Volke auch weitere Entbehrungen und Prüfungen nicht ersparen. Aber was auch kommen mag, wir wissen daß das Härteste hinter uns liegt. Was im Osten durch unsere Waffen erteilt und durch Friedensschlüsse gesichert ist, was im Westen sich vollendet, das gibt uns die feste Gewißheit, daß Deutschland aus diesem Völkersturm, der so manchen mächtigen Stamm zu Boden warf, stark und trotztoll hervorgehen wird.

In diesem Tage der Erinnerung gedenken wir Alle mit Schmerz der schweren Opfer, die dem Vaterlande gebracht werden mußten. Diese Tüden sind in unsere Familien gerissen. Das Leid dieses furchtbaren Krieges hat kein deutsches Haus verschont. Die als Knaben in junger Begeisterung die ersten Truppen hinauszugehen sahen, stehen heute neben den Vätern und Brüdern selbst als Kämpfer in der Front. Heilige Pflicht gebietet, alles zu tun, daß dieses kostbare Blut nicht umsonst fließt. Nichts ist von uns verabsäumt worden, um den Frieden in die zerstörte Welt zurückzuführen. Nach aber sind im feindlichen Lager die Stimme der Menschlichkeit nicht im Gehör. So oft wir Worte der Veröhnlichkeit sprachen, schlug und Hohn und Haß entgegen. Noch sollen die Feinde den Frieden nicht. Ohne Scham beschuldern sie mit immer neuen Verleumdungen den reinen deutschen Namen. Immer wieder verkünden ihre Vorkämpfer, daß Deutschland vernichtet werden soll. Darum heißt es weiter kämpfen und wirken, bis die Feinde bereit sind, unser Lebensrecht anzuerkennen, wie wir es gegen ihren übermächtigen Vortritt siegreich verfochten und erstritten haben. Gott mit uns!

Die französisch-amerikanischen Anstürme.

Berlin, 31. Juli. (W. Z. N.) In den letzten Tagen sind wiederholt fünf, und sechsmalige starke Angriffe des Feindes gescheitert. Am 30. Juli griff der Gegner wiederum beiderseits Fere-en-Tardensis in beiden Wellen an und richtete auch an der südöstlich anschließenden Front bis zum Meuniers-Walde hin nach heftiger Artillerievorbereitung wiederholte starke Teilangriffe gegen die deutsche Front. Hier waren es französische und amerikanische Verbände, die bis zu 15 Wellen tief anliefen. Unter schwersten Verlusten wurden sie abgewiesen. Hinter dem zurückflutenden Gegner nachstehend, setzte sich unsere Infanterie teilweise im Vorgelände vor den bisherigen Stellungen fest. Am Ohrande des Meuniers-Waldes brachen ebenfalls sechsmalige feindliche Angriffe zusammen. Hier schlug unter zusammengefaßter Artillerie- und Maschinengewehrfeuer vorberend in die anstürmenden Feinde und desimierte eine Angriffswelle nach der anderen. Die erfolgreiche Abwehr der nächsten Feindangriffe an der Front von westlich Fere-en-Tardensis bis südlich des Meuniers-Waldes erhöhte aufs neue die vom Feinde vergeblich gebrachten Blutopfer, die bei dem so oft wiederholten Ansturm ganz außerordentlich schwer waren.



Fransösischer Bericht vom 30. Juli, abends. Auf dem rechten Ufer des Durcq brachten uns drücker Kämpfe weitere Fortschritte auf der Höhe nordöstlich von Fere en Tardensis. In der Gegend Seray haben wir unseren Geländegewinn gegen mehrere Durchsicherungsversuche des Feindes behauptet. Südwestlich von Reims sind bei einem Angriff gegen St. Euphrasie von zwei Seiten alle deutschen Versuche, die Euphrasie zu nehmen, trotz eines Heines von ihnen westlich von diesem Dorfe erzielten Fortschrittes, gescheitert. Von der übrigen Front ist nichts besonderes zu melden.

Amerikanischer Heeresbericht vom 30. Juli. Wir wiesen Gegenangriffe in schweren Kämpfen am Durcq zurück und verbesserten unsere Stellung.

Der Prozeß Malby.

Der politische Kern des Prozesses. — Die französische Mobilmachung und die Revolutionäre.

Paris, 31. Juli. (Havas.) Der Staatsgerichtshof hat am Dienstag Gustave Hervé verurteilt. Der Jense billigt die Haltung Malbys gegenüber der Arbeiterklasse und erklärt, daß der gegenwärtige Prozeß gegen die Republik in der Person des Mannes sei, der in Hinsicht auf das Volk eine wohlwollende Politik verfolgte. Auch mehrere andere Zeugen sagen für den früheren Minister günstig aus.

Am 23. Juli 1918 machte der Staatsrat und frühere Leiter des französischen Sicherheitsdienstes, Richard, im Prozeß Malby folgende Aussagen von allgemeinem Interesse:

„Ich war Leiter des Sicherheitsdienstes und Mitarbeiter Malbys während 30 Monaten seit Mai 1914. Acht Tage vor der Mobilmachung ergreifen wir Maßnahmen zur Sicherung der Verkehrswege. Wir beschäftigen uns lebhaft mit der Frage der Anzeichen des Regiments B (das Regiment B enthält die Namen der Revolutionäre, die antimilitaristische Agitation trieben und im Verdacht standen, daß sie die Mobilmachung schädigen würden; es war beabsichtigt, dies eberlone bei Kriegsausbruch in Schughast zu nehmen. Red.). Wir hatten in dieser Beziehung große Beforgnisse, da wir einen vollständigen, von Anarchisten entworfenen Plan der Sabotage der Mobilmachung in unserem Besitze hatten.“

„Am Tage vor der Mobilmachung nahmen wir diese Individuen unter Verwahrung. Ich besuchte den Regimentsminister (Millerand) und den Minister des Innern (Malby). Herr Denonien verlangte energische Maßnahmen und Verfügungen. Die Anzeichen des Regiments B waren aber verzichteten wir darauf. Die Anzeichen des Ministers des Innern stimmten mit den meinen überein. Ich sagte, man sollte den Heuten, die im Regiments B bezeichnet waren, Vertrauen schenken, denn sie würden der Russif der vorbeimarschierenden Regimenter folgen. Wir handelten demgemäß; es war gewagt, aber es erwies sich als richtig... Sein einziger Akt der Sabotage ist vorgekommen.“

Die „Internationale Korrespondenz“ erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß Bourderson auf dem letzten Pariser Gewerkschaftskongreß ohne Widerspruch erklärte, daß der politische Burgfriede seit dem 28. Juli 1914 vereinbart war — also vier Tage vor der Kriegserklärung.

Der Neckengebliebene Friede. Gauhmann über Rühlmann.

In der „Frankfurter Zeitung“ schreibt der Abg. Konrad Gauhmann dem verabschiedeten Staatssekretär Rühlmann einen Nachruf, der interessante Schlaglichter auf ein Stück jüngst vergangener deutscher Geschichte wirft. Herr v. Rühlmann habe schon im September 1917 „zu der heftigen Frage eine sehr bestimmte und staatsmännisch vorausschauende Haltung eingenommen, von deren Willigung er die Beibehaltung des Vorläufigen abhängig machte“. Er habe es freilich für richtig gehalten, die Anerkennung der vollen deutschen Unabhängigkeit als einen Trumpf für die direkten Verhandlungen zu reservieren, über seine tatsächlichen Ziele aber weder in der Kapitulation, noch in der sie begleitenden vertraulichen und nicht offiziellen Nebenaktion ein Wort gemacht. Ueber diese Nebenaktion erfuhr die Öffentlichkeit erst Weihnachten, daß sie in Lauf gesetzt, aber durch unaufgeklärte Ungeheuerlichkeiten oder Willkürlichkeiten irgendwas necken geblieben ist.“ Als die stille Aktion der Robinoette gescheitert war, da habe sich gezeigt, daß die Verweigerung einer freimütigen Erklärung über Belgien ein Fehler gewesen sei, weil diese Haltung Gelegenheit gab, die Friedensentscheidung des Deutschen Reichstages zu entwerfen.

Im Osten habe Herr v. Rühlmann den Grundgedanken der Befreiung der Randvölker ohne Unterjochung und Willenszwang hochhalten wollen. Diese Politik ist nicht durchgedrungen und wurde mit der berühmten Erklärung des Generals v. Hoffmann von einer sehr viel schärferen Tonart abgelöst. Gauhmann sagt dazu: „Herr v. Rühlmann hat diese Politik nicht befürwortet. Es wird bereinst an der Hand der geschichtlichen Akten abzuwägen sein, welche Vorteile und welche Nachteile realer und politischer Art diese Politik gezeitigt hat. Es ist zu erörtern, wieviel deutsche Divisionen in Rußland zurückgehalten werden mußten; zu erörtern auch, ob aus der Ukraine nicht durch polnische und jüdische landeskundige Händler ebensoviel Getreide abgehoben werden konnte wie durch die deutschen Truppen, die dort festgelegt und für das durch Waffen unlösere ukrainische Staatsproblem eingesetzt wurden. In einer großen weltpolitischen Rechnung blüht auch das Maß unauflöslichen Obiums der okkupierenden und requirierenden Militärmacht und die psychologische und politische Nachwirkung in dem okkupierten Gebiet, mit welchem künftig freundschaftlicher Verkehr gepflegt werden will, einen ins Gewicht fallenden Posten.“

Die „Norddeutsche“ gegen die „Kaisertreuen“.

„Eng und unverantwortliche Kreise“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckt den Aufruf der „Kaisertreuen“ und unsere Entgegnung auf ihn in den Hauptstellen ab, um dazu zu bemerken:

So weit die Antwort des „Noorddeutsches“. In der Tat: Das Bekanntwerden solcher Uebertreibungen und Entstellungen kann nur der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen treiben. Für die Allgemeinheit sind diese Uebertreibungen im höchsten Grade bedauerlich. Man wird im Beste schwerlich Verleumdung dafür haben, wenn man diese Komps jetzt gepredigt werden soll, ob gegen die Sozialdemokraten, die draußen an der Front stehen, oder die dahinter arbeiten. Die Unterstellung, daß die in Nordamerika gesammelten Gelder denselben Zwecken dienen wie die ordnungsmäßigen Beiträge der sozialdemokratischen Arbeiter, kann nur verbittern wirken. Derartige Aufrufe würden noch viel verhängnisvoller sein, wenn sie nicht ohne weiteres als die Kundgebungen ganz enger und unverantwortlicher Kreise betrachtet werden müßten. Nichts wäre falscher, als diese Zusatzen auf die Sozialdemokratie irgendeiner parlamentarischen Partei oder Gruppe zur Last zu legen. Die Taktik, diese Zeit des Krieges dazu zu benutzen, um Bevölkerungsteile gegeneinander auszuspielen, wird jedenfalls von allen besonnenen Elementen abgelehnt, gleichgültig, auf welcher Seite man sich dieser Taktik zu bedienen versucht. So wird auch dieser Aufruf des Bundes der Kaisertreuen eine ganz andere Wirkung erzielen als beabsichtigt war.

Auch das „Berl. Tagebl.“ spricht von einer „hohen Konominister“, die letzten Endes auf eine „Zanorerei großer Stiles“ hinauslaufe. Wir sind geneigt, die Sache ernster zu nehmen. Die „engen und unverantwortlichen Kreise“ erinnern stark an die „kleine aber mächtige Partei“, von der früher einmal die Rede war, und an einen „Plaggoffizier in unverantwortlicher Stellung“, der später die Politik des Anwärterigen Amtes durchkreuzte und das Reich in verhängnisvolle Bahnen trieb, bis er schließlich als Vorsitzender der „Vaterlandspartei“ endete. Gewiß, daß diese „engen und unverantwortlichen Kreise“ Einfluß auf die Politik des Reiches haben könnten, ist eine beinahe entwürdigende Vorstellung. Leider aber haben sie ihn, und man muß mutig genug sein, dieser Tatsache ins Gesicht zu sehen. Dann wird man sich auch nicht der Erkenntnis entziehen, daß es einer durchreisenden Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens bedarf, um diesen Elementen das Handwerk zu legen.

Die Sache ist also ernst, so ernst, daß man ihren Humor — das Regierungsblatt muß sich gegen die „Kaisertreuen“ wenden! — nur ganz nebenbei gemessen kann. Die Bresse der Rechten hat bisher geschwiegen. Wir sind gespannt, ob sich für diese verfolgte Elsa ein Schwannensitter finden wird!

Die neuen Steuern des 1. August. Der Reichsfinanzminister hat den Eintritt ins fünfte Kriegsjahr mit folgenden neuen Steuern, die am heutigen 1. August in Kraft treten: die Umsatzsteuer, die erhöhte bsm. neue Reichssteuerpabgabe und die erhöhte Wechselstempelsteuergebühren.

Letzte Nachrichten.

Peter Ranzen gestorben.

Kopenhagen, 31. Juli. Der Schriftsteller Peter Ranzen ist heute, 57 Jahre alt, gestorben.

Ranzen war am 21. Januar 1861 in Kopenhagen geboren. Er war Verfasser zahlreicher Romane und Novellen, die auch in Deutschland viel Verer und Verehrer fanden, so „Junge Mädchen“, „Ein Heim“, „Julius Tagebuch“, „Neuerprobe“ u. a., in denen sich seine Kunst eines fein abgetönten Realismus offenbart. Als Vorbild noch mehr als Leiter der großen Gyldenbaldsches Verlagsbuchhandlung hatte er auf die dänische Literatur seiner Zeit einen nicht geringen Einfluß.

Gilberfelder Glasstoff in München.

München, 31. Juli. Hier erfolgte die Gründung der Bayerischen Glasstoffabrik mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung künstlicher Texturfasern und Fasern nach dem Verfahren und den Bauelementen der vereinigten Glasstoffabriken Aktiengesellschaft Oberfeld, von der die neue Gesellschaft die Fabrikationslizenzen erworben hat.

Gewerkschaftsbewegung

Um neue Teuerungszulagen der Bauarbeiter.

Wie wir in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ vom 28. Juli berichteten, haben die Vorstände der am Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe beteiligten Verbände der Bauarbeiter durch Schreiben vom 20. Juli beim Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eine weitere Teuerungszulage beantragt. Auf dieses Schreiben hat der Vorstand des Arbeitgeberbundes bereits am 24. Juli in ablehnendem Sinne geantwortet. Er begründet seine Ablehnung in erster Linie damit, daß er kein Recht habe, die von einer Hauptversammlung des Bundes genehmigte Vereinbarung vom 20. November 1917 aufzuheben und daß eine rasche Einberufung der Hauptversammlung nicht möglich sei. Des weiteren wird in recht überflüssiger Weise in dem Antwortschreiben betont, daß die Gewährung einer neuen Teuerungszulage vor dem 1. Oktober das ganze Tarifwesen aufs schwerste schädigen würde. „Der Grundstein“ betont demgegenüber mit Recht, daß in Wirklichkeit das Tarifwesen nur gewinnen könnte, wenn beide Vertragsparteien im gegenseitigen Einverständnis eine Vertragsbestimmung außer Kraft setzen, die infolge der Not der Zeit für die eine Vertragspartei unhaltbare Zustände schafft. Auch wird der Einwand des Vorstandes des Arbeitgeberbundes, daß die baugewerblichen Unternehmer eine unvorhergesehene Mehrbelastung ihres Geschäfts nicht tragen könnten, vom „Grundstein“ damit widerlegt, daß sie die unter dem Krieg schwer leidenden Unternehmer, die ohne Arbeit sind, keine Teuerungszulage zu zahlen brauchen. Und von jenen, die Arbeit haben, könne gesagt werden, daß auch sie zum Teil große Gewinne erzielen; zudem seien die bisher gewährten Teuerungszulagen zum guten Teil zurückgeführt worden. Das Organ des Bauarbeiterverbandes gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Gesamtvorstand des Arbeitgeberbundes doch noch anders entscheiden werde, als sein geschäftsführender Vorstand entschieden hat.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Eisenkonstruktionsbetriebe

nahmen in ihrer letzten Branchenversammlung den Bericht des Branchenvertreters entgegen. Aus dem Bericht ging hervor, daß eine ganze Reihe von Differenzen bestanden, die aber wünschensgemäß ihre Erledigung fanden. In der weiteren Diskussion wurde von den Arbeitern verlangt, daß die vor ungefähr zwei Monaten erfolgte Erhöhung der Teuerungszulage eine weitere Steigerung erfahren solle. Von der Branchenleitung wurde verlangt, daß sie unzugänglich an die Arbeitgeber herantrete, um eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage um 30 Pf. für die Stunde durchzusetzen, denn die gegenwärtig gezahlten Verdienste der Eisenkonstruktionsbetriebe reichen nicht aus, um nur die allernotwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen und der gegenwärtigen teuren Lebenshaltung nur einigermaßen gerecht zu werden. Nach eingehender Aussprache über diesen Antrag beschloß die gutbesuchte Versammlung gegen eine erhebliche Minderheit, den Antrag noch zurückzustellen, weil die Zeit seit der letzten Erhöhung noch zu kurz sei, doch solle in der nächsten Branchenversammlung, die über vier Wochen stattfindet, erneut zu der Frage Stellung genommen werden.

Die Bezahlung der Überstunden im Baugewerbe.

Eine entsprechende Entschädigung für geleistete Überstundenarbeit ist für den gewerblichen Arbeiter durch die Tätigkeit seiner Berufsorganisation zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Nur dort, wo der Geist der Organisation noch nicht rege geworden, darf der Unternehmer noch nach Willkür über die Arbeitskraft und Arbeitszeit des Arbeiters verfügen und ihm zumuten, Überstundenarbeit ohne entsprechendes Entgelt zu leisten.

Ganz anders war dies bis in die neuere Zeit bei den Angestellten der kaufmännischen und Bankbetriebe. Als ganz selbstverständlich galt die Leistung von Überstundenarbeit, sobald das Personal der Abklärungsarbeiten diese erforderlich machte. Und der Gedanke, daß für diese Mehrarbeit auch eine entsprechende Entschädigung zu gewöhnen sei, lag vollständig fern.

Eine Änderung dieses allzuverbreiteten Zustandes trat erst ein, als die modernen Angestelltenorganisationen das Sinnen und Denken der Angestellten zu beeinflussen begannen. Der Daseinszweck dieser Organisationen liegt von vornherein mit den Ausbeutungstendenzen der Prinzipale gegenüber ihren Angestellten in schreiendem Widerspruch. Und es war daher eine sehr wichtige Mission, wenn sich die Angestelltenorganisationen zunächst die Aufgabe stellten, für ihre Berufskategorie bei den Prinzipalen eine entsprechende Bezahlung für geleistete Überstunden zu erwirken. Von Interessenten wurde eine solche Forderung zwar noch als eine beschränkende Zumutung empfunden. Indessen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch jene Angestellten, die durch jene Forderung nicht mit dem Lohnproletariat auf eine Stufe gestellt sein wollten, anders denken gelehrt. Ein Beispiel hierfür ist ein „Meberstunden“ überschreibender Artikel im Organ des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten von Benno Marx, in welchem mit Genugtuung festgestellt wird, daß in der Bezahlung der Überstunden bei den Bankbeamten seit Gründung des Verbandes ein erfreulicher Fortschritt eingetreten sei. Wenn damals in weiten Kreisen der Kollegenchaft die vom Verband der Deutschen Bankbeamten aufgestellte Forderung auf Bezahlung von Überstunden als eine beschränkende Zumutung empfunden wurde, weil man sich doch mit einem Maurer nicht auf eine Stufe stellen könne, so werde heute über einen so wichtigen Einwand gefacht. Das Verlangen der Angestellten auf Bezahlung der Überstunden sei heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Benno Marx fordert erneut die Bankbeamten auf, einzig und geschlossen die hinreichende Entschädigung für zu leistende Überstunden zu fordern. Keine einzige unbezahlte Meberstunde! Das sei die Lösung.

Ein Notschrei.

Der Zentralverband der Dachdecker hat an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, worin in bewegten Worten einerseits auf die Not der Arbeiter, andererseits auf die schände Gewinnucht gewisser Kreise, die den Krieg und die Not der Zeit zur grenzenlosen Auswanderung der niederen Volksschichten mißbrauchen, verwiesen wird. Die Regierung wird um sofortiges Eingreifen ersucht. Wünschende Teuerungszulagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der anderen Seite seien dringend notwendig.

Die Verlängerung der gewerkschaftlichen Reichstarife.

Der Deutsche Transportarbeiterverband und der Zentralverband der Bäcker und Konditoren stehen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine seit 1904 im Tarifverhältnis. Die laufende Tarifperiode wurde 1914 vereinbart und traten die beiden Reichstarife mit Ausbruch des Weltkrieges am 1. August in Kraft, mit der Bestimmung, daß sie bis 31. Juli 1919 Gültigkeit haben, wenn sie ein Jahr vorher gekündigt werden, andernfalls kommen sie erst 1921 zum Ablauf. Die beiden Verbände stritten sich dahingehend, in Anbetracht der unruhigen Wirtschaftslage, unter der besonders die Genossenschaften leiden, von der Vertragsauflösung Abstand zu

nehmen und den Vertragskontrahenten vorzuschlagen, die Tarife um ein Jahr bis zum 31. Juli 1920 zu verlängern. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist diesem Vorschlag beigetreten und stimmte der Vertragsverlängerung zu. Außerdem wurde bezüglich der Bäcker vereinbart, daß die Regelung der Bezahlung der Überstunden an Sonn- und Feiertagen, die seither wie die Überstunden an Werktagen berechnet werden, nach Erlaß des Nachbesserungsverbot-Gesetzes erfolgen soll.

Eine Lohneingabe für die oberschlesischen Bergarbeiter

haben die vier Bergarbeiterverbände an den Schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein gerichtet. Es werden in der Eingabe folgende Vorschläge zur Lohnaufbesserung gemacht:

1. Das Gehälte der Hauer ist derzeit zu erhöhen, daß bei normaler Arbeitsleistung ein Lohn nicht unter 12,50 M. verdient werden kann.
2. Der ersten Forderung entsprechend Erhöhung des Gehältes für Jäger und Schleppler, so daß ihr Lohn im bisherigen Verhältnis zu dem Hauerlohn bleibt.
3. Werden Hauer im Schichtlohn beschäftigt, so ist ein Lohn von 10 M. zu zahlen.
4. Allen unter und über Tage beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, einschließlich der Jugendlichen, ist eine Lohn- und Gehälteerhöhung von 25 Proz. zu gewähren. Soweit für diese Arbeiter im Juli bereits Lohnzulagen bewilligt wurden, können sie in Anrechnung gebracht werden.
5. Für jedes Kind unter 14 Jahren ist eine monatliche Zulage von 6 M. zu zahlen.

Gleichzeitig ist die Eingabe mit dem Hinweis auf die immer kräftiger auftretende Notlage der Arbeiter dem stellvertretenden Generalkommando und dem Oberbergamt Breslau, dem Handelsministerium und dem Kriegsamt in Berlin übersandt worden. Diese Behörden werden gebeten, ihren Einfluß auszubieten, daß die dem Berg- und Hüttenverein angehörenden Werke den in der Eingabe aufgestellten Vorschlägen entgegenkommen.

Das Wiedererstarren der österreichischen Gewerkschaften.

Der Bericht über die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften für das Jahr 1917, der soeben in dem Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission erscheint, zeigt ein erfreuliches Erstarren der Mitgliederbestände. Während am Ende des Jahres 1916 die Gesamtmitgliederzahl 1 66 937 (188 789 männliche und 28 148 weibliche) betrug, stieg dieselbe am Schlusse des Jahres 1917 auf 311 068, und zwar auf 232 068 männliche und 79 000 weibliche Mitglieder. Gegenüber dem Abschlusse des letzten Friedensjahres (1913) zeigt sich allerdings noch immer ein Minus von etwa 104 000 Mitgliedern; allein wenn man bedenkt, daß die Hunderttausende der zum Kriegsdienst eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder in den angegebenen Zahlen nicht einbezogen sind, so läßt diese neuere Entwicklung erkennen, daß die Arbeiterschaft den Gewerkschaften das größte Vertrauen entgegenbringt.

Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse ist ebenfalls eine erfreuliche gewesen. Die Einnahmen sind von 4,63 Millionen Kronen im Jahre 1916 auf 5,93 Millionen Kronen im Berichtsjahre gestiegen. Allerdings sind auch die Ausgaben infolge der allgemeinen Preissteigerungen größer geworden, 5,20 Millionen Kronen gegen 4,46 Millionen Kronen im Vorjahr. Die Ausgaben für Unterhaltungen haben absolut und relativ eine Verminderung erfahren. Nach Kronländern geordnet, steht Wien mit 113 167 Organisierten an der Spitze; es folgen Niederösterreich (52 620), Böhmen (46 120), Steiermark (24 241) usw. Diese vier zusammen ergeben 76 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder. Der stärkste Verband ist der der Metallarbeiter; er hatte im verflochtenen Jahr rund 77 000 Aufnahmen zu verzeichnen und kam damit auf 107 018 Mitglieder, wovon 91 881 weibliche. Dagegen folgen die Eisenbahner mit 55 081, die Textilarbeiter mit 30 889, die Bergarbeiter mit 14 678, die chemischen Arbeiter mit 13 818 Mitgliedern usw. — Der Gesamtvermögensbestand hat sich im Jahre 1917 um rund 2 Millionen Kronen vermehrt und hat damit die Höhe von 16,62 Millionen Kronen erreicht.

Industrie und Handel.

Die Volkswirtschaftspolitik der Sowjet-Republik.

Umtracht von Feinden im Innern und von außen, steht die Räuberregierung ihr Werk der Rationalisierung der Produktionsmittel fort. Wie weit ihre Bestimmungen nur auf dem Papier stehen, ist nicht klar. Sicher ist, daß in Rußland eine große Arbeitslosigkeit herrscht, sicher, daß Hunger und Krankheit schwere Opfer fordern, sicher, daß in manchen Zweigen der Volkswirtschaft eine desorganisierende Desorganisation andauert. Auf der anderen Seite sei angeführt, was der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatts“, Hans Vorst, über die wirtschaftliche Tätigkeit der bolschewistischen Regierung schreibt: „Heute sei nur bemerkt, daß die Sowjet-Regierung gerade jetzt vor der neuen Ernte ihrer schwersten und kritischsten Zeit durchzumachen hat. Bei objektiver Würdigung kann man nicht verkennen, daß die Regierung auf diesen Gebieten eine gewalttätige organisatorische Arbeit leistet. Aber die Schwierigkeiten sind übermäßig, und liegen teils in der gesamten wirtschaftlichen und politischen Situation, teils im System selbst begründet.“

Unter den neuen Maßnahmen der bolschewistischen Regierung sei besonders erwähnt, daß nunmehr alle Aktien, Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapiere annulliert sind und als völlig entwertet weder von den Staatsorganen noch in Privatbesitz angenommen werden; ausgenommen sind die Staatsanleihen in privatem russischen oder ausländischen Besitz in Banken, Institutionen oder Organisationen, für welche den Abteilungen der Volksbank der Russischen Föderation Sozialistischen Sowjet-Republik sein Verzeichnis oder Auszug vorgelegt worden ist.

Der Erlaß dieses Beschlusses ist nicht recht verständlich, doch scheint er eine Durchbrechung des allgemeinen Grundsatzes der Annullierung von Aktien in dem Sinne zu enthalten, daß der ausländische Besitz gesichert wird. Ein weiteres Dekret des Rates der Volkskommissare konfisziert die Aktienkapitalien der früheren Privatbanken einschließlich ihrer Reserven, annulliert alle Bankaktien und bedroht jeden Handel in Bankaktien mit Gefängnis bis zu drei Jahren und die Nichtablieferung von Bankaktien mit der Konfiskation des ganzen Eigentums.

Auch über die Annullierung von Staatsanleihen ist ein besonderes Dekret erschienen, wonach grundsätzlich alle Verbindlichkeiten des Staatsschatzes, die vor dem 25. Oktober 1917 entstanden sind, annulliert sind. Doch können jene Personen, die einen Besitz von nicht mehr als zehntausend Rubel Staatspapiere oder Gold haben, eine lebenslängliche Rente von diesem Betrage beziehen. Personen im Besitze von zehn- bis fünfzigtausend Rubel Staatspapieren haben Anspruch auf eine lebenslängliche Rente von dem Kapital der ersten zehntausend Rubel.

Die bolschewistische Regierung erklärt die Schuldverschreibungen der Freiheitskämpfer im Werte von nicht über hundert Rubel dem Papierwerte gleichwertig. Ebenso müssen die Kupons aller Staatswertpapiere, die bis zum 1. Dezember 1917 laufen, ohne jeglichen Abzug bei allen Zahlungen und Geschäften angenommen werden. Diese neuen Bestimmungen laufen also offenbar auf eine starke Vermehrung des Papiergeldumschlages hinaus. In der nächsten Zukunft wahrscheinlich die bolschewistische Regierung, alles bisher ausgegebenes Papiergeld zu annullieren und dafür neue Rubel in den Verkehr zu setzen.

Wie schon angedeutet, wird der gesamte Außenhandel verstaatlicht. Handelsabmachungen mit fremden Staaten und einzelnen ausländischen Handelsunternehmen erfolgen im Namen der russischen Republik durch besonders dazu ermächtigte Organe.

Den verstaatlichten Syndikatsverkaufsstellen Trabamat und Strowia wird der ausschließliche Vertrieb von Eisen- und Stahlprodukten übertragen.

Die Volkswirtschaften versuchen auch, in der Landwirtschaft dem verstaatlichten Großbetriebe Stellung zu verschaffen. So werden alle früheren Grundbesitzer des Moskauer Gouvernements, welche nicht weniger als 90 Desjotinen (jeweils 100 Hektar) Land haben, zusammen mit dem dazu gehörigen landwirtschaftlichen Inventar und Viehbestand unter unmittelbare Verwaltung des landwirtschaftlichen Kommissariats gestellt und als Großunternehmungen für Rechnung des Staates bewirtschaftet. An der Spitze der Verwaltung jeder dieser Sowjet-Farmen steht eine landwirtschaftlich gebildete Person. Zur Verwaltung der Sowjet-Farmen werden Vertreter der städtischen Sowjets und anderer städtischen proletarischen Organisationen herangezogen, die die Aufgabe haben, das städtische Proletariat und die Dorfparten mit Nahrungsprodukten zum Einkaufspreise zu versehen.

Soziales.

Die Heeresverwaltung für den Achtfundentag.

Zum großen Entsetzen der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ zeigt sich die Heeresverwaltung sozialen Erwägungen zugänglich. Im besetzten Frankreich zieht die Heeresverwaltung die Einwohner zur Arbeitsleistung heran. Sie wird hauptsächlich in der Landwirtschaft, beim Straßenbau, auf Proviantmärkten usw. beschäftigt. Die Arbeitszeit betrug bisher 9 Stunden täglich. Nur in Ausnahmefällen wurde länger und des Sonntags gearbeitet. Nun hat das Oberkommando einer Armee in den besetzten Gebieten folgende Verfügung erlassen:

„Die arbeitgebenden Dienststellen müssen bei dem augenblicklich besonders starken Mangel an Arbeitskräften in der Armee mit aller Sorgfalt darüber wachen, daß durch Hebung von Arbeitslust und -kraft die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst und zeitlos ausgenutzt wird.“

Neben beständiger Sorge um gute Unterbringung und Verpflegung, schonender Behandlung der Bekleidung ist dies zu erreichen durch Kürzung der Anmarschwege und strenge Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit (einschl. Anmarsch). Außerdem sind Ruhetage dringend erforderlich. Der gegebene Tag ist der Sonntag, der auch am Vormittag frei sein soll. Wochen bringende Aufgaben eine Sonntagsarbeit unvermeidlich (Ernte usw.), so muß möglichst in der Woche ein Ruhetag eingelegt werden.“

Die Begründung dieser Maßnahme sagt gewiß nichts Neues. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften haben diesen theoretischen Standpunkt schon immer vertreten. Der von der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ aus der Kampfkammer wieder hervorgerollenen Unternehmerrhetorik, daß lange Arbeitszeit im Interesse der Volkswirtschaft liegt, schlägt sie aber moralische Oberlegen. Lange Arbeitszeit liegt nicht einmal im Unternehmerinteresse, wie vorstehende Verfügung zeigt, wieviel weniger im Interesse der Volkswirtschaft. Die Arbeiterschaft wird sich des neuen Bundesgenossen im Kampfe für den Achtfundentag gut zu bedienen wissen.

Die Unfallversicherung in der Metallindustrie.

Die großen Berufsorganisationen der Eisen- und Stahlindustrie haben nunmehr ihre Geschäftsberichte auf das Jahr 1917 erscheinen lassen, so daß ein Ueberblick über die Gestaltung der Unfallversicherung in diesem Haupterwerbszweig schon möglich ist. Er zeigt, daß die Entschädigungsgewährung einen weiteren erheblichen Rückgang gefunden hat. Trotz der Zunahme der Zahl der Betriebsunfälle. Die auf die einzelne durchschnittlich verhängte Verlor entfallenden Entschädigungsbeträge verminderten sich von 1915 zu 1917 bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft (die für Berlin und die Provinz Brandenburg zuständig ist) von 17,53 M. auf 14,08 M., bei der Südwestdeutschen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 17,90 M. auf 12,84 M., bei der Südwestdeutschen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 29,41 M. auf 20,41 M., bei der Hütten- und Walzwerk-Vereinsgenossenschaft von 20,40 M. auf 22,63 M., bei der Maschinenbau- und Metallindustrie-Vereinsgenossenschaft von 15,15 M. auf 12,13 M., bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 12,16 M. auf 10,31 M., bei der Schlesischen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 20,93 M. auf 17,48 M., bei der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 18,96 M. auf 16,83 M. Diese Piffern zeigen nebenbei auch recht große Verschiedenheiten in der Rentengewährung. So sind z. B. die Renten in Sachsen und Thüringen nur halb so hoch wie in Südwestdeutschland. Diese Unterschiede sind aus den abweichenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zu erklären.

Noch mehr in die Augen springend ist der Krebsgang, wenn man die gezahlten Entschädigungsbeträge auf eine bestimmte Lohnsumme bezieht. Dieses Verfahren ist deshalb zutreffender, weil sich bekanntlich eine Unfallrente neben dem Grade der Erwerbsunfähigkeit eines Verletzten nach dessen Jahresarbeitsverdienst richtet. Bezogen auf je 1000 M. der arbeitsfähigen Lohnsumme verminderten sich die Entschädigungsbeträge von 1915 auf 1917 bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft (also in Berlin und Brandenburg) von 10,56 M. auf 5,51 M., bei der Südwestdeutschen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 20,80 M. auf 11,18 M., der Hütten- und Walzwerk-Vereinsgenossenschaft von 15,00 M. auf 8,21 M., der Schlesischen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 17,07 M. auf 10,96 M., der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 11,82 M. auf 7,45 M., Südwestdeutsche Eisen-Vereinsgenossenschaft von 22,58 M. auf 14,58 M. usw.

Die Zahl der Versicherten fand bei jeder Berufsorganisation eine starke Zunahme. Bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft (Berlin und Brandenburg) erhöhte sie sich von 144 728 im Jahre 1916 auf 180 659 im Jahre 1917. Damit ist die durchschnittliche Zahl aus der letzten Friedenszeit (134 495 im Jahre 1914) erheblich überstiegen. Die Zahl der Verletzte überall ungefähr die gleiche, bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft 2986 im Jahre 1917. Die Summe der gezahlten Rente erhöhte sich bei dieser von 196 Millionen Mark im Jahre 1915 auf 268 Millionen Mark im Jahre 1916 und 461 Mill. Mark im Jahre 1917 oder je versicherten Vollarbeiter (300 Arbeitstage) von 1921 auf 1855 und 2553 M. Doch dürfen die Berliner Verhältnisse nicht mit denen in anderen Bezirken verglichen werden. Bei keiner einzigen der anderen Berufsorganisationen ist eine solche Steigerung der Rente eingetreten. Es braucht wohl hier nicht hinzugefügt zu werden, daß die Verteuerung der Lebenshaltung noch größere Schritte gemacht hat. Bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft erhöhten sich noch von 1916 zu 1917 die Ausgaben für Heilung der Entschädigungen (insgesamtlich 373 642) von 97 843 auf 90 861 M., die allgemeinen Verwaltungskosten von 387 902 auf 465 117 M., die absoluten Pfandausgaben von 3 201 801 auf 4 547 406 M. usw.

Die Zahl der Unfälle hat im allgemeinen zugenommen, bei manchen Berufsorganisationen sogar erheblich. So vermehrte sich z. B. die Zahl der gemeldeten Unfälle bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft von 11 874 im Jahre 1915 auf 15 990 im Jahre 1917 oder von 78,3 auf 78,2 je 1000 Versicherte. Die Zahl der Verletzten vermehrte sich von 67 auf 81. Stark zugenommen hat überall die Zahl der weiblichen Verletzten. Vom Standpunkt der Arbeiter aus betrachtet bietet die Geschäftsberichte kein günstiges Bild der Entschädigung.

Verantwortl. Redakt. Dr. Franz Dierker, Berlin-Friedenau; für d. Berliner Teil des Blattes Alfred Scholz, Redaktions- u. Verlagsamt: Theodor Giese, Berlin; Verlagsamt: Berlin S. O. 10. Berlin. Druck: Verlagsanstalt „Vorwärts“ und Verlagsanstalt „Vorwärts“ u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. **Preis 1 Blatt 4 Pfennig und Anzeigenpreisliste.**